

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
2015/2016

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2015 und 2016	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	6
Kapitel 04 01 Ministerium	8
Kapitel 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	20
Kapitel 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften	30
Kapitel 04 05 Justizvollzugsanstalten	66
Abschluss	104
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	105
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04	107
Stellenplan	133

Vorwort zum Einzelplan 04 Staatsministerium der Justiz

A. Aufgaben und Aufbau des Staatsministeriums der Justiz

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz umfasst insbesondere die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Strafrechtspflege, den Justizvollzug, die Angelegenheiten der Rechtsanwälte und das Notariatswesen. Dem Ministerium gehören derzeit rd. 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Es ist oberste Dienstbehörde für über 15.000 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtshelfer, Beamte und tarifliche Arbeitnehmer sowie für rd. 5.400 Bedienstete im Justizvollzug. Das Staatsministerium der Justiz wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes und des Freistaates Bayern vor allem auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts sowie des Verfahrensrechts mit. Ferner ist es zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Das dem Staatsministerium der Justiz angegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen sämtlicher Qualifikationsebenen der Fachlaufbahn Justiz.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz gehören am 1. Januar 2014:

- 3 Oberlandesgerichte,
- 3 Generalstaatsanwaltschaften,
- 22 Landgerichte,
- 22 Staatsanwaltschaften,
- 73 Amtsgerichte mit 7 Zweigstellen,
- 36 Justizvollzugsanstalten mit 1 angeschlossenen Einrichtung für Sicherungsverwahrung sowie 6 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- die Bayerische Justizvollzugsschule in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayer. Justizakademie in Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Rahmen der Verwaltungsreform 21 wurden bis 31. Dezember 2013 fünfundzwanzig amtsgerichtliche Zweigstellen mit den Hauptgerichten zusammengelegt.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €	2014 Tsd. €
I. Sächliche Verwaltungsausgaben			
Auslagen in Rechtssachen	419.880,0	419.880,0	420.900,0
Versorgung der Gefangenen	31.390,5	31.390,5	30.385,0
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten	14.657,8	14.657,8	14.375,0
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	159.165,7	160.787,2	153.973,1
	625.094,0	626.715,5	619.633,1
II. Ausgaben für den Schuldendienst			
Zinsen für hinterlegte Gelder	350,0	350,0	400,0
III. Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	4.800,0	4.800,0	4.800,0
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene	14.945,0	14.945,0	14.800,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit	4.945,0	4.945,0	4.550,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	8.024,5	8.321,9	5.659,7
	32.714,5	33.011,9	29.809,7
IV. Baumaßnahmen			
Hochbaumaßnahmen bis einschließlich 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	22.784,1	19.729,6	18.648,9
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	78.000,0	79.000,0	81.000,0
	100.784,1	98.729,6	99.648,9
V. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
Beschaffung von Fahrzeugen	580,0	655,5	635,1
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung)	29.866,3	30.874,8	27.221,6
	30.446,3	31.530,3	27.856,7
VI. Besondere Finanzierungsausgaben			
Justizstatistik	365,5	365,5	379,5
Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren	-	-	3.645,2
Sonstige Ausgaben	2,0	2,0	-491,7
	367,5	367,5	3.533,0
VII. Summe der Verpflichtungsermächtigungen	299.560,7	120.790,2	178.070,0

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2015 und 2016

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge ist in den jeweiligen Sammelkapiteln ein eigener Titel 422 45 ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
 - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2015/2016 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 01 Tit. 459 01
- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 520 01, 823 10 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	22,0	22,0	A	20,0
					B	21,4
					C	25,6
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1,0	1,0	A	---
					B	0,7
					C	8,3
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
					B	0,3
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,2
					C	0,3
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Mehreinnahmen in Zusammenhang mit der Durchführung der "Nacht der Medien" im Justizpalast in München erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 01 Gr. 517. Der Stiftung Opferhilfe können Räume des Staatsministeriums der Justiz zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste) des Ministeriums unentgeltlich zugreifen.</i>	2,0	2,0	A	1,0
					B	1,7
					C	1,8
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			25,5	25,5	A	21,5
					B	24,4
					C	36,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	198,0	200,8	A	189,6
					B	149,1
					C	122,4
422 01-9	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	9.182,9	9.338,3	A	8.403,2
					B	8.194,4
					C	8.119,0
422 31-3	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	196,2	199,5	A	291,2
					B	186,1
					C	337,2
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	7,8	7,8

Zu 04 01/422 01 (und 422 31)

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 01/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	2.312,7	2.308,2	A	2.263,0
					B	2.102,3
					C	2.166,6
428 07-7	011	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	---	---	A	---
					B	40,7
					C	-6,8
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	50,0	50,0	A	53,5
					B	33,2
					C	25,6
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	238,1	242,1	A	237,8
					B	225,9
					C	230,2
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	32,2
					C	33,4
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0	A	25,0
					B	13,4
					C	27,9
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.645,0	1.645,0	A	1.383,0
					B	1.240,4
					C	1.291,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-1	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	460,0	460,0	A	470,0
					B	428,2
					C	359,9

Erläuterungen

Zu 04 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 11

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung.

Zu 04 01/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 41

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

Zu 04 01/453 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	15,0	15,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0
Zusammen	25,0	25,0

Zu 04 01/459 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Prüfervergütungen	940,0	940,0
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	60,0	60,0
3. Sachbedarf	45,0	45,0
4. Mieten für Prüfungsräume	475,0	475,0
5. Reisekosten der Prüfer	125,0	125,0
Zusammen	1.645,0	1.645,0

2015 gegenüber 2014:

Mehr 262,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/511 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	144,9	144,9
2. Bücher und Zeitschriften	140,0	140,0
3. Kommunikation	42,0	42,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	60,6	60,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	58,5	58,5
6. Sonstiges	14,0	14,0
Zusammen	460,0	460,0

2015 gegenüber 2014:

15,0 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

5,0 Tsd. € mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,

10,0 Tsd. € weniger.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	66,1	66,1	A	70,0
					B	70,7
					C	57,1
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	2,8	2,8	A	3,0
					B	2,5
					C	3,3
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	15,0	15,0	A	25,0
					B	9,3
					C	9,1
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	---	A	---
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,9
					C	4,7
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	90,0	90,0	A	90,0
					B	72,1
					C	61,1
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	30,0	30,0	A	30,0
					B	18,9
					C	18,5
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	25,0	25,0	A	50,0
					B	13,2
					C	2,3
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	270,0	270,0	A	270,0
					B	191,9
					C	224,0
529 01-1	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	15,0	15,0	A	15,0
					B	18,3
					C	17,8
529 03-9	011	Zur Verfügung des Staatsministeriums der Justiz für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	***	***	A	---
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	30,0	30,0	A	10,0
					B	19,4
					C	2,0
531 11-5	011	Fachveröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	114,9	114,9	A	120,0
					B	44,3
					C	35,4

Erläuterungen

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	53,9	53,9
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	12,2	12,2
Zusammen	<u>66,1</u>	<u>66,1</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	66,1	66,1
Personalausgaben	342,0	348,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	30,0	30,0
Zusammen	<u>438,1</u>	<u>444,1</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2014	
	2015	2016	2014	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7	7	7	6	6
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-

2015 gegenüber 2014:
Weniger 3,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/514 11
Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich 123 € veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. € Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

2015 gegenüber 2014:
Weniger 0,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 04 01/519 01
Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

2015 gegenüber 2014:
2,8 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
22,2 Tsd. € weniger wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
25,0 Tsd. € weniger.

Zu 04 01/527 01
2015 gegenüber 2014:
15,0 Tsd. € weniger infolge Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
15,0 Tsd. € mehr wegen erhöhtem Bedarf.
0,0 Tsd. €

Zu 04 01/529 01
2015 gegenüber 2014:
0,8 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
0,8 Tsd. € mehr wegen Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.
0,0 Tsd. €

Zu 04 01/531 01
2015 gegenüber 2014:
0,6 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
20,6 Tsd. € mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
20,0 Tsd. € mehr.

Zu 04 01/531 11
2015 gegenüber 2014:
6,7 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1,6 Tsd. € mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
5,1 Tsd. € weniger.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11. Die Mittel sind übertragbar.</i>	28,8	28,8	A	30,0
					B	56,7
					C	11,2
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	50,0	50,0	A	40,0
					B	40,6
					C	64,3
547 01-9	011	Internationaler Rechtskongress in München	***	***	A	---
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	6,9	6,9	A	6,5
					B	6,2
					C	5,8
685 01-1	011	Zuschuss für das Projekt "Prävention Pädophilie"	***	***	A	---
					C	121,0
685 03-9	059	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle	110,0	110,0	A	80,0
					B	76,5
					C	63,8
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ansätze bei Kap. 15 05 und 15 70 bis zur Höhe von insgesamt 127,5 Tsd. €, begrenzt auf 2015/2016. Die Mittel sind übertragbar.</i>	245,0	245,0	A	194,5
					B	25,3
					C	21,7
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	140,0	140,0	A	150,0
					B	89,8
					C	129,6

Erläuterungen

Zu 04 01/531 21

2015 gegenüber 2014:

1,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
0,5 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
1,2 Tsd. €	weniger.

Zu 04 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 1,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

2015 gegenüber 2014:

2,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
12,2 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
10,0 Tsd. €	mehr.

Zu 04 01/684 01

Beiträge

	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
- Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1	0,1
- für die Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0	1,0
- zur Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	2,1	2,1
- für die Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2	0,2
- für den Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,8	0,8
- European Judicial Training Network (EJTN)	2,7	2,7
Zusammen	6,9	6,9

Zu 04 01/685 03

Zur Förderung der kriminologischen Forschung und zur Erarbeitung kriminologischer Erkenntnisse wurde von Bund und Ländern eine Kriminologische Zentralstelle als Verein gegründet. Ordentliche Mitglieder des Vereins sind die Bundesrepublik Deutschland und die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Zuschuss zu den im Haushalt ausgewiesenen anderweitig nicht gedeckten Kosten (Bund und Länder je zur Hälfte). Im Haushaltsbetrag sind die Kosten für den Betrieb der Länderkommission zur Verhütung von Folter enthalten.

Zu 04 01/686 02

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben sowie Finanzierung des bayerischen Anteils an der "Taskforce Schwabinger Kunstfund".

2015 gegenüber 2014:

Mehr 50,5 Tsd. €, u.a. zur Finanzierung von Forschungsprojekten im Bereich der Fachambulanzen für Sexual- und Gewaltstraftäter.

Zu 04 01/812 01

Veranschlagt sind Ausgabemittel für:

	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
1. Gleitregalanlagen für die Registratur	23,6	-
2. Dienstzimmereinrichtungen	110,3	119,0
3. Maschinen und Geräte	6,1	21,0
Zusammen	140,0	140,0

2015 gegenüber 2014:

8,3 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1,7 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
10,0 Tsd. €	weniger.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	159,5	159,5	A	176,0
					B	252,7
					C	191,7
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	49,5	49,5	A	44,0
					B	34,7
					C	38,2
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	32,8	32,8	A	32,9
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	18,7	18,7	A	18,7
					B	4,9
					C	14,0
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige	88,0	88,0	A	49,5
					B	10,9
					C	209,5
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	8,4	8,4	A	8,5
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	77,0	77,0	A	71,5
					B	18,8
					C	160,1

Erläuterungen

Zu 04 01/99

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes, die Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt vier Bedienstete beschäftigt.

Zu 04 01/511 99

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	33,0	33,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	126,5	126,5
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	159,5	159,5

Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Ausgaben für die Fortführung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes im Zusammenhang auch mit der Fortentwicklung des Dokumentenmanagementsystems MerLin an. Ebenso fallen die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Informationsterminals sowie für die Wartung und Pflege der Altsysteme an.

2015 gegenüber 2014:

9,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
6,7 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
16,5 Tsd. €	weniger.

Zu 04 01/514 99

2015 gegenüber 2014:

2,4 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
7,9 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
5,5 Tsd. €	mehr.

Zu 04 01/519 99

2015 gegenüber 2014:

1,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1,7 Tsd. €	mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabenentwicklung,
0,1 Tsd. €	weniger.

Zu 04 01/525 99

2015 gegenüber 2014:

1,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1,0 Tsd. €	mehr Anpassung an voraussichtlichen Bedarf.
0,0 Tsd. €	

Zu 04 01/526 99

2015 gegenüber 2014:

2,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
41,3 Tsd. €	mehr u.a. wegen Softwareentwicklung (Ausbau u. Weiterentwicklung im Projekt Archivierung und DMS, Versionsänderungen und Anpassungen der hausinternen Software sowie Neuorientierung hinsichtlich Managementlösung mobiler Geräte),
38,5 Tsd. €	mehr.

Zu 04 01/533 99

2015 gegenüber 2014:

0,5 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
0,4 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf,
0,1 Tsd. €	weniger.

Zu 04 01/534 99

2015 gegenüber 2014:

9,5 Tsd. €	mehr (Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte, Ausbau und Weiterentwicklung Projekt Archivierung der Altvorgänge, Outsourcing),
4,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
5,5 Tsd. €	mehr.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5	Tsd. €	
			6			
815 99-7	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	165,0	165,0	A	187,0
					B	173,3
					C	695,6
		Summe der Titelgruppe	598,9	598,9	A	588,1
					B	495,2
					C	1.309,1
		Gesamtausgaben	16.148,3	16.309,3	A	15.090,4
					B	13.898,6
					C	15.028,4
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	25,5	25,5	A	21,5
					B	24,4
					C	36,0
		Gesamteinnahmen	25,5	25,5	A	21,5
					B	24,4
					C	36,0
		Personalausgaben	13.847,9	14.008,9	A	12.846,3
					B	12.217,6
					C	12.346,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.633,5	1.633,5	A	1.626,1
					B	1.309,9
					C	1.484,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	361,9	361,9	A	281,0
					B	108,0
					C	372,3
		Sonstige Sachinvestitionen	305,0	305,0	A	337,0
					B	263,1
					C	825,2
		Gesamtausgaben	16.148,3	16.309,3	A	15.090,4
					B	13.898,6
					C	15.028,4
		Zuschuss	16.122,8	16.283,8	A	15.068,9
					B	13.874,2
					C	14.992,3

Erläuterungen

Zu 04 01/815 99

2015 gegenüber 2014:

11,6 Tsd. €	weniger infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung,
10,4 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
<hr/> 22,0 Tsd. €	weniger.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
			Tsd. €			
Einnahmen						
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
236 12-0	051	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	500,0	500,0	A	1.000,0
					B	441,1
					C	537,9
271 01-9	051	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	---	A	---
281 01-7	051	Erstattung von Prozesskosten	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,7
					C	0,9
281 14-2	018	Einnahmen aus der Abführung von Versorgungszuschlägen gem. Art. 14 Abs. 2 BayBeamVG	***	***	A	---
					B	68,6
Gesamteinnahmen			501,0	501,0	A	1.001,0
					B	510,3
					C	552,3
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 41-9	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	900,0	900,0	A	600,0
					B	1,1
					C	0,0
422 45-5	059	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	633,3	633,3	A	633,3
					B	601,2
					C	0,2
428 41-3	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	216,1	216,1	A	216,1
443 15-6	841	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. 13 03/461 01.</i>	898,8	898,8	A	898,8
					B	884,2
					C	864,2
443 16-5	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	75,0	75,0	A	52,0
					B	16,9
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	8,0	8,0	A	8,0
					B	2,6
					C	3,1
459 31-7	841	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 02/236 12

2015 gegenüber 2014:

Weniger 500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 02/271 01

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

Zu 04 02/281 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Zu 04 02/422 41

2015 gegenüber 2014:

Mehr 300,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/422 45

Veranschlagt ist das Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 68 BayBesG).

Zu 04 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

Zu 04 02/443 16

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 23,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/459 31

Bei dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß Nr. 92.4 BayVwVBes an Beamte und Beamtinnen in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) nachgewiesen.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
461 01-9	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 (ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 41 bis 422 43, 422 45) und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 (ohne der Tit. 428 12 AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) sowie im Sammelkapitel die TG 61 bis 65 verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln. Minderausgaben bei den verstärkungsfähigen Titeln dürfen zur Verstärkung dieses Ansatzes verwendet werden.</i>	763,0	12.010,0	A	16.900,0
462 01-8	881	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
525 21-9	051	Ausgaben für Gesundheitsmanagement	100,0	100,0	A B C	20,0 91,1 36,1
526 01-2	051	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 532 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	100,0	100,0	A B C	56,2 83,5 95,3
526 11-0	051	Kosten für Sachverständige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	78,3	78,3	A B C	78,3 12,3 18,4
527 21-7	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	200,0	200,0	A B C	200,0 158,9 175,2
529 02-8	051	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	52,6	52,6	A B C	52,6 90,9 129,6
532 01-4	051	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	650,0	650,0	A B C	650,0 141,0 151,1
548 01-6	881	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen die sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans ohne der Ausgaben der Gruppen 526, 529 und 531, jedoch einschließlich der Titel 531 0. verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
549 01-5	881	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	---
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
671 01-5	051	Erstattungen für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizschule Pegnitz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	170,0	170,0	A B C	145,0 145,2 120,0

Erläuterungen

Zu 04 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben, insbesondere für Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Zu 04 02/525 21

Der Ansatz dient zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements.

2015 gegenüber 2014:

0,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
80,6 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
80,0 Tsd. €	mehr.

Zu 04 02/526 01

2015 gegenüber 2014:

Mehr 43,8 Tsd. € wegen Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/527 21

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

Zu 04 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- b) repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- c) Veranstaltungen mit überregionalem Charakter;
- d) repräsentative Veranstaltungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen;
- e) Zuwendungen an Opfer von Straftaten oder an Einrichtungen der Opferhilfe oder des Opferschutzes, insbesondere Zuwendungen an die Stiftung Opferhilfe Bayern.

Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

2015 gegenüber 2014:

2,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
2,9 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.
0,0 Tsd. €	

Zu 04 02/671 01

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz und der Sana Klinik Pegnitz GmbH aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizschule Pegnitz.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 25,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
681 01-3	153	Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	273,0	137,0	A	
684 01-0	253	Förderung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	50,0	50,0	A	
Baumaßnahmen						
702 01-8	059	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für bautechnische Untersuchungen in Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen geleistet werden.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	160,0	160,0	A	160,0
					B	480,6
					C	139,6
Besondere Finanzierungsausgaben						
972 02-0	881	Globale Minderausgabe zur teilweisen Deckung der bei Kap. 13 44 veranschlagten Ausgaben für das Strukturprogramm Nürnberg-Fürth	***	***	A	-491,9
981 01-0	891	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	365,5	365,5	A	379,5
					B	379,5
					C	377,7
981 11-8	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des IT-Dienstleistungszentrums des Freistaates Bayern	***	***	A	93,0
					B	89,7
					C	69,6
981 12-7	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord	***	***	A	3.552,2
					B	3.438,2
					C	4.621,0
981 16-3	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	2,0	2,0	A	0,2
					B	0,2
					C	8,9
989 01-2	891	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>						
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>						
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-2	058	Ausgaben der Beamten und Richter für den Pensionsfonds	***	***	A	3.741,9
					B	3.657,0
					C	3.562,9
432 61-2	058	Ruhegehälter	245.432,1	253.881,9	A	229.265,6
					B	226.908,6
					C	215.009,6

Erläuterungen

Zu 04 02/681 01

Prämie von 1.000 € im Bereich der beruflichen Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen. Die Prämie wird im Rahmen einer freiwilligen Leistung ab 1. Januar 2014 gewährt.

2015 gegenüber 2014:
Mehr 273,0 Tsd. € infolge erstmaliger Dotierung.

2016 gegenüber 2015:
Weniger 136,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/702 01

2015	Tsd. €
Justizbehörden Nürnberg	160,0

2016	
Justizbehörden Nürnberg	160,0

Zu 04 02/972 02

Das im Nachtragshaushalt 2010 aufgelegte Strukturprogramm Nürnberg-Fürth war auf fünf Jahre befristet. Die zur teilweisen Gegenfinanzierung des Programms ausgebrachte Minderausgabe entfällt ab 2015.

Zu 04 02/981 01

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt.

Zu 04 02/981 11

Als Ergebnis der Evaluierung des Verrechnungskonzepts wird die Verrechnung mit den Rechenzentren zum 1. Januar 2015 abgeschafft (Verwaltungsvereinfachung).

Zu 04 02/981 12

Als Ergebnis der Evaluierung des Verrechnungskonzepts wird die Verrechnung mit den Rechenzentren zum 1. Januar 2015 abgeschafft (Verwaltungsvereinfachung).

Zu 04 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich. Die Einnahmen sind bei Kap. 06 16 Tit. 381 16 veranschlagt.

Zu 04 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.
Vgl. Erläuterungen zu 13 03/989 01.

Zu 04 02/424 61

Die Zuführungen an den Bayerischen Pensionsfonds werden künftig zentral bei Kap. 13 20 Tit. 919 61 veranschlagt.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	56.626,3	58.211,8	A	58.725,6
					B	52.452,2
					C	51.148,9
434 61-0	058	Ausgaben der Versorgungsempfänger für den Pensionsfonds	***	***	A	1.632,9
					B	1.573,2
					C	1.508,9
438 61-6	058	Übergangsversorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	20,0	20,0	A	20,0
441 61-1	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	39.839,2	41.233,5	A	39.827,1
					B	37.190,2
					C	36.912,7
441 62-0	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	2.371,8	2.454,8	A	2.395,7
					B	2.214,1
					C	1.852,1
441 63-9	058	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	---	A	---
					C	-0,7
441 64-8	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	51,2	53,0	A	69,5
					B	47,8
					C	49,0
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	59.639,0	61.726,2	A	58.200,4
					B	55.673,4
					C	54.636,4
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
					B	-9,5
					C	-4,6
919 61-4	851	Zuführungen an den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 2 BayVersRücklG	***	***	A	---
					B	68,6
Summe der Titelgruppe			403.979,6	417.581,2	A	393.878,7
					B	379.775,6
					C	364.675,1
66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)						
<i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
428 66-3	059	Zeitlich befristet Beschäftigte und Aushilfskräfte	***	***	A	---
525 66-5	059	Aus- und Fortbildung	***	***	A	---
547 66-9	059	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
					B	-
					C	-
Gesamtausgaben			409.675,2	434.387,8	A	418.082,0
					B	386.392,6
					C	371.485,1

Erläuterungen

Zu 04 02/434 61

Die Zuführungen an den Bayerischen Pensionsfonds werden künftig zentral bei Kap. 13 20 Tit. 919 61 veranschlagt.

Zu 04 02/66

Die Kosten- und Leistungsrechnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften wird im Epl. 04 nicht weiter fortgeführt.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	501,0	501,0	A	1.001,0
					B	510,3
					C	552,3
		Gesamteinnahmen	501,0	501,0	A	1.001,0
					B	510,3
					C	552,3
		Personalausgaben	407.473,8	432.322,4	A	413.186,9
					B	381.213,0
					C	365.542,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.180,9	1.180,9	A	1.057,1
					B	577,6
					C	605,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	493,0	357,0	A	145,0
					B	145,2
					C	120,0
		Baumaßnahmen	160,0	160,0	A	160,0
					B	480,6
					C	139,6
		Besondere Finanzierungsausgaben	367,5	367,5	A	3.533,0
					B	3.976,2
					C	5.077,1
		Gesamtausgaben	409.675,2	434.387,8	A	418.082,0
					B	386.392,6
					C	371.485,1
		Zuschuss	409.174,2	433.886,8	A	417.081,0
					B	385.882,3
					C	370.932,7

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	729.000,0	729.000,0	A	706.950,0
					B	654.117,0
					C	599.844,0
111 02-8	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	17.000,0	17.000,0	A	15.200,0
					B	14.988,3
					C	14.023,7
111 03-7	051	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	45.500,0	45.500,0	A	50.450,0
					B	36.302,2
					C	39.436,7
112 01-8	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	165.800,0	165.800,0	A	185.800,0
					B	172.644,2
					C	172.952,1
119 11-9	051	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	20,0	20,0	A	20,0
					B	12,2
					C	11,1
119 12-8	051	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	20,0	20,0	A	20,0
					B	10,3
					C	13,5
119 21-7	051	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	6.200,0	6.200,0	A	5.000,0
					B	5.896,5
					C	3.764,5
119 49-5	051	Vermischte Einnahmen	2.000,0	2.000,0	A	550,0
					B	1.987,8
					C	1.359,6
124 01-4	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Stadt Nürnberg können als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO Räumlichkeiten im Ostflügel des Justizgebäudes Nürnberg, Fürther Straße 110 bis 112, für den Betrieb des "Memoriums Nürnberger Prozesse" verbilligt zur Nutzung überlassen werden.</i>	410,0	410,0	A	530,0
					B	500,8
					C	505,4
<u>129 05-5</u>	051	Energieeinspeisevergütungen	---	---	A	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	3.500,0	3.500,0	A	3.400,0
					B	1,7
					C	0,3
232 01-3	051	Sonstige Erstattungen von Ländern	10,0	10,0	A	10,0
					B	72,4
					C	80,9
232 02-2	051	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	---	A	---
					B	926,7
					C	772,4
235 01-0	051	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	4,8
					C	14,6

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 04

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsrechts, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben der Landgerichtsärzte (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 12 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern - GerOrgG - (BayRS 300-2-2-J) festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof - VfGHG - (BayRS 1103-1-S) bezeichneten Angelegenheiten.

Zu 04 04/111 01

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung. Die Neuordnung der Handelsregistergebühren und die daraus resultierenden möglichen Rückerstattungsansprüche wurden berücksichtigt.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 22.050,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.800,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 03

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher auch i.V.m. § 11 Abs. 2 Justizbeitreibungsordnung einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden seit dem 2. Nachtragshaushalt 2002 hier veranschlagt.

2015 gegenüber 2014:

Weniger 4.950,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/112 01

2015 gegenüber 2014:

Weniger 20.000,0 Tsd. € unter Berücksichtigung der bekannten Veränderungen bei der Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 21

Die früher bei 04 04/119 49 mitveranschlagten Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten werden seit dem Nachtragshaushalt 2000 hier veranschlagt.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.200,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 49

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.450,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/124 01

2015 gegenüber 2014:

Weniger 120,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/231 01

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/235 01

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
235 02-9	051	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellen <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	23,5
					C	8,0
235 12-7	051	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk bei 428 12.</i>	---	---	A	---
261 01-7	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	20,0	A	30,0
					B	13,7
					C	21,2
271 01-5	051	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	---	---	A	---
					B	47,0
					C	7,2
281 01-3	051	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
					B	9,1
					C	4,4
		Gesamteinnahmen	969.480,0	969.480,0	A	967.960,0
					B	887.561,5
					C	832.819,5
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
412 01-5	051	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	3.660,0	3.660,0	A	3.660,0
					B	3.049,6
					C	2.996,9
422 01-3	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	461.440,4	471.814,8	A	443.707,7
					B	430.682,5
					C	412.221,1
422 21-9	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	7.792,6	8.846,2	A	5.292,9
					B	5.996,0
					C	5.816,8
422 26-4	051	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare	41.200,0	45.000,0	A	38.300,0
					B	36.450,0
					C	35.237,4
422 31-7	051	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	745,3	758,0	A	1.110,0
					B	707,0
					C	935,1
422 41-5	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	104,8
					C	91,3
427 01-8	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	389,0	389,0	A	389,0
					B	234,6
					C	286,4
427 41-0	051	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	---	A	---
428 01-7	051	Entgelte der Arbeitnehmer	141.809,4	144.209,5	A	133.328,8
					B	124.645,5
					C	120.822,2

Erläuterungen

Zu 04 04/235 02

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

Zu 04 04/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 StVollzG zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

2015 gegenüber 2014:

Weniger 10,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/412 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs (BayRS 1103-2-S) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl I S. 565) in der jeweils geltenden Fassung,
- c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl I S. 718) in der jeweils geltenden Fassung.

Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

Zu 04 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 04/422 26

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen in den Jahren 2015 und 2016 unter Berücksichtigung der seit 01.01.2000 geltenden geringeren Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis. Die gegenüber den Vorjahren erhöhten Ansätze resultieren aus den hohen Studienanfängerzahlen, die ihre Ursachen vor allem im doppelten Abiturjahrgang haben; daneben sind weitere Faktoren wie die Aussetzung der Wehrpflicht ursächlich.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 2.900,0 Tsd. €,

2016 gegenüber 2015:

Mehr 3.800,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 04/427 01

Entgelte für

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	93,5	93,5
- Sonstige (z.B. für nebenamtlichen Unterricht, Aushilfstätigkeiten)	295,5	295,5
Zusammen	389,0	389,0

Zu 04 04/428 01 (428 11)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
428 07-1	051	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	---	---	A	---
					B	9.894,7
					C	6.613,3
428 11-5	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	4.500,0	4.400,0	A	3.690,1
					B	3.765,3
					C	4.072,2
428 12-4	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-3	051	Entgelte der Arbeitnehmer	3.835,9	3.833,5	A	5.378,1
					B	3.534,0
					C	5.724,1
428 41-9	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	47,2
					C	56,7
453 01-5	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	800,0	800,0	A	800,0
					B	656,0
					C	732,9
459 21-5	051	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03.</i>	39.000,0	39.000,0	A	37.400,0
					B	36.985,3
					C	35.553,9
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	051	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	13.232,0	13.232,0	A	13.341,8
					B	12.913,1
					C	12.277,7
511 02-4	051	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Vgl. Vermerk bei 427 01.</i>	19.770,2	19.770,2	A	19.500,0
					B	17.991,5
					C	18.521,6

Erläuterungen

Zu 04 04/428 11

2015 gegenüber 2014:
Mehr 809,9 Tsd. €,

2016 gegenüber 2015:
Weniger 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2015 gegenüber 2014:
Weniger 1.542,2 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/453 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	480,0	480,0
2. Umzugskostenvergütungen	320,0	320,0
Zusammen	800,0	800,0

Zu 04 04/459 21

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst vom 8. Juli 1976 (BGBl I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung; die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v.H., für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v.H. der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) vom 29. November 2007 (GVBl S. 827) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlenden Entschädigungen; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 11 Nrn. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung vom 7. März 1980 (JMBl S. 43) in der jeweils geltenden Fassung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 713 des Kostenverzeichnisses zum GvKostG.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz vom 16. Juli 1997 (JMBl S. 118) in der jeweils geltenden Fassung zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatzbarer Auslagen (Nr. 5.3 und 5.4.2 a.a.O.).

2015 gegenüber 2014:
Mehr 1.600,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/511 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	5.708,4	5.708,4
2. Bücher und Zeitschriften	2.865,0	2.865,0
3. Kommunikation	2.045,5	2.045,5
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.528,0	2.528,0
5. Sonstiges	85,1	85,1
Zusammen	13.232,0	13.232,0

2015 gegenüber 2014:
255,9 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
146,1 Tsd. € mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
109,8 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/511 02

Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

2015 gegenüber 2014:
Mehr 270,2 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
514 01-2	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	278,0	278,0	A	289,1
					B	264,0
					C	237,5
514 02-1	051	Beschaffung von Munition	9,4	9,4	A	10,0
					B	10,6
					C	12,7
514 11-0	051	Dienst- und Schutzkleidung	355,4	488,4	A	355,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.050,0</i>			B	333,4
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	396,7
517 01-9	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	24.200,0	24.200,0	A	26.316,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 42.000,0</i>			B	19.028,8
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	12.909,3
517 05-5	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	10.473,8	10.476,2	A	9.414,3
					B	10.087,0
					C	9.047,0
517 31-3	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	222,1	222,1	A	218,8
					B	203,0
					C	206,8

Erläuterungen

Zu 04 04/514 01		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	190,3	190,3
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	87,7	87,7
Zusammen		<u>278,0</u>	<u>278,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		278,0	278,0
Personalausgaben		74,0	74,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-	75,5
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)		114,9	114,9
Zusammen		<u>466,9</u>	<u>542,4</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2014	
	2015	2016	2014	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	103	103	97	83	78
Lastkraftwagen, Transporter	13	13	6	13	2
Sonstige (Krafträder und Sonderfahrzeuge)	1	1	1	-	-

2015 gegenüber 2014:
 16,1 Tsd. € weniger wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 5,0 Tsd. € mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
 11,1 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/514 02
 2015 gegenüber 2014:
 Weniger 0,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/514 11		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Erstausstattungen und Dienstkleidungszuschüsse	337,3	470,3
2.	Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0	15,0
3.	Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes	3,1	3,1
Zusammen		<u>355,4</u>	<u>488,4</u>

2016 gegenüber 2015:
 Mehr 133,0 Tsd. € wegen Einführung einer neuen Dienstkleidung.

Zu 04 04/517 01
 Veranschlagt sind:
 Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
Reinigung, Müllabfuhr u.a.		10.200,0	10.200,0
Ausgabemittel zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (u.a. Beauftragung privater Wachunternehmen)		14.000,0	14.000,0
Zusammen		<u>24.200,0</u>	<u>24.200,0</u>

2015 gegenüber 2014:
 Weniger 2.116,6 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Verpflichtungsermächtigung 2016:
 Für die Verlängerung/Neuausschreibung der Verträge mit Sicherheitsunternehmen.

Zu 04 04/517 05		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	7.173,8	7.176,2
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	3.300,0	3.300,0
Zusammen		<u>10.473,8</u>	<u>10.476,2</u>

2015 gegenüber 2014:
 Mehr 1.059,5 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
517 35-9	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	457,1	417,1	A	450,9
					B	441,1
					C	416,4
518 01-8	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften angemietet werden. Eine Weitervermietung der Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3, 5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattung für die Kinderbetreuungseinrichtung dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	5.785,5	5.785,5	A	5.700,0
					B	4.967,9
					C	4.971,7
518 11-6	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	710,5	710,5	A	700,0
					B	768,1
					C	731,0
518 18-9	051	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	114,9	114,9	A	113,0
					B	150,7
					C	151,0
518 31-2	051	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	***	A	---
519 01-7	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestritten werden. Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	9.761,0	9.761,0	A	9.598,2
					B	13.275,7
					C	12.869,1
525 01-9	051	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02. Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.531,6	2.531,6	A	2.532,9
					B	2.426,4
					C	2.386,4
525 02-8	051	Aus- und Fortbildung von Betreuern <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 90,0 Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 90,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	98,1	96,6	A	102,3
					B	76,7

Erläuterungen

Zu 04 04/517 35

2016 gegenüber 2015:

Weniger 40,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/518 01

2015 gegenüber 2014:

Mehr 85,5 Tsd. € infolge Anmietung weiterer Räumlichkeiten.

Zu 04 04/518 11

2015 gegenüber 2014:

Mehr 10,5 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/519 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	9.361,0	9.361,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	400,0	400,0
Zusammen	9.761,0	9.761,0

2015 gegenüber 2014:

Mehr 162,8 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/525 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richterkademie in Trier und Wustrau)	619,7	619,7
2. Fortbildung der Rechtspfleger	169,9	169,9
3. Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	87,1	87,1
4. Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justizwachmeisterdienstes und der Justizangestellten	339,7	339,7
5. Ausbildung der Referendare und Anwärter	445,1	445,1
6. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	650,1	650,1
7. Qualifizierungsoffensive	220,0	220,0
8. Sonstiges	-	-
Zusammen	2.531,6	2.531,6

2015 gegenüber 2014:

56,4 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

55,1 Tsd. € mehr wegen erhöhtem Finanzierungsbedarf,

1,3 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/525 02

2015 gegenüber 2014:

Weniger 4,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
526 21-4	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 33: Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>	50.800,0	50.800,0	A	60.130,0
					B	46.017,2
					C	47.424,3
526 22-3	051	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	37.800,0	37.800,0	A	40.538,3
					B	28.683,2
					C	25.201,3
526 23-2	051	Entschädigungen für Zeugen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	18.200,0	18.200,0	A	19.589,0
					B	16.340,9
					C	17.299,3
526 24-1	051	Vergütungen für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	157.200,0	157.200,0	A	155.426,7
					B	150.180,0
					C	142.004,9
526 25-0	051	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.020,0	1.020,0	A	600,0
					B	289,9
					C	291,0
526 26-9	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	5.600,0	5.600,0	A	5.056,0
					B	5.368,4
					C	4.951,5
526 27-8	051	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	8.800,0	8.800,0	A	11.770,0
					B	7.349,3
					C	7.758,7
526 28-7	051	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	127.000,0	127.000,0	A	113.390,0
					B	110.368,0
					C	103.394,0

Erläuterungen

Zu 04 04/526 21 bis 526 27

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge 2013 bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

Zu 04 04/526 21 (und 526 22)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

2015 gegenüber 2014:

Weniger 9.330,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Titel 526 22:

2015 gegenüber 2014:

Weniger 2.738,3 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 23 (und 526 24)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) in der jeweils geltenden Fassung. Mitveranschlagt sind bei Titel 526 24 Dolmetscher- und Übersetzerkosten.

Titel 526 23:

2015 gegenüber 2014:

Weniger 1.389,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 24:

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.773,3 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 25

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind § 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4 JGG, Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 420,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 26

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und §§ 136 ff. Kostenordnung. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KVGrKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 544,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 27

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl I S. 689) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

2015 gegenüber 2014:

Weniger 2.970,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 28

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1835, 1835a, 1836a, 1908i BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel waren bis einschließlich 2004 bei Tit. 681 02 veranschlagt.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 13.610,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
526 29-6	051	Besondere Ausgaben der Führungsaufsicht im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	700,0	700,0	A	700,0
					B	135,5
					C	113,5
<u>526 30-3</u>	051	Auslagen in Rechtssachen im Rahmen der Durchführung von Internationalen Veranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.000,0	1.000,0	A	
526 31-2	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	10,0	10,0	A	100,0
					B	8,5
					C	31,3
526 32-1	051	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	11.500,0	11.500,0	A	12.300,0
					B	11.944,9
					C	11.721,9
526 33-0	051	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	250,0	250,0	A	1.300,0
					B	261,1
					C	910,9
527 01-7	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.300,7	2.300,7	A	2.400,0
					B	2.255,9
					C	2.022,7
529 03-3	051	Zur Verfügung der Präsidenten der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,4	2,4	A	2,4
					B	2,4
					C	2,3
529 04-2	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	1,8	1,8	A	1,8
					B	1,8
					C	1,8
532 11-8	051	Umszugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	250,0	250,0	A	200,0
					B	297,4
					C	23,5
533 01-9	051	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	10,0	10,0	A	10,0
					B	4,1
					C	3,8
533 02-8	051	Besondere Kosten der Bewährungsaufsicht, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	690,9	690,9	A	680,7
					B	502,5
					C	443,4

Erläuterungen

Zu 04 04/526 29

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei haben die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff genommen. Bayern hat sich an diesem Projekt beteiligt, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar war als ein bayerischer Alleingang.

Zu 04 04/526 30

2015 gegenüber 2014:
Mehr 1.000,0 Tsd. € wegen erstmaliger Veranschlagung.

Zu 04 04/526 31 bis 526 33

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung in der jeweils geltenden Fassung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 31:

2015 gegenüber 2014:
Weniger 90,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 32:

2015 gegenüber 2014:
Weniger 800,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 33:

2015 gegenüber 2014:
Weniger 1.050,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/527 01

2015 gegenüber 2014:		
	133,3 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
	34,0 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
	<hr/>	
	99,3 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/529 03

Verfügunsmittel für die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

Zu 04 04/529 04

Verfügunsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

Zu 04 04/532 11

2015 gegenüber 2014:
Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/533 02

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in §§ 68 ff. StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 22,5 Tsd. € zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Veranschlagt sind:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- Kosten der ehrenamtlichen Bewährungshilfe (100,0 Tsd. €)
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2015 gegenüber 2014:
Mehr 10,2 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
533 03-7	051	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	95,0	95,0	A	85,0
					B	47,0
					C	51,5
<u>533 04-6</u>	059	Lokalkammer des Einheitlichen Europäischen Patentgerichts <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	211,0	211,0	A	
<u>533 05-5</u>	059	Schlichtungsstelle für verbraucherrechtliche Streitigkeiten <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	100,0	100,0	A	
545 01-5	051	Technische Sicherung von Wohnungen	50,0	50,0	A	100,0
					B	17,7
					C	11,1
546 49-8	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	225,3	225,3	A	235,0
					B	494,7
					C	262,0
547 01-3	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die korrespondierenden Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 271 01.</i>	---	---	A	---
					B	4,4
					C	38,1
		Ausgaben für den Schuldendienst				
575 01-8	831	Zinsen für hinterlegte Gelder	350,0	350,0	A	400,0
					B	288,7
					C	471,9

Erläuterungen

Zu 04 04/533 03

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Aschaffenburg, Ingolstadt, Augsburg, Ansbach, Landshut und Memmingen in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schülergremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schülergremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Das Modell soll auf weitere Standorte ausgedehnt werden. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

Zu 04 04/533 04

2015 gegenüber 2014:

Mehr 211,0 Tsd. € infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 04 04/533 05

2015 gegenüber 2014:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 04 04/545 01

2015 gegenüber 2014:

Weniger 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 60,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs von Juristen- oder Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

2015 gegenüber 2014:

13,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
3,4 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
9,7 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/575 01

Rechtsgrundlage ist die Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 in der jeweils geltenden Fassung.

2015 gegenüber 2014:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-9	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.977,0	2.032,7	A	1.530,0
					B	1.236,9
					C	1.174,5
671 02-0	051	Erstattung von Ausgaben der Bundesnotarkammer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	46,0	46,0	A	46,0
					B	22,6
681 01-9	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	4.800,0	4.800,0	A	4.800,0
					B	4.792,0
					C	4.663,9
684 01-6	051	Unterstützung von Initiativen nach § 46a Nr. 2 StGB	---	---	A	---
685 01-5	059	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" <i>Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 600,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	420,0	420,0	A	210,0
					B	178,6

Erläuterungen

Zu 04 04/632 01

- a) Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- b) Die Kosten der Deutschen Richterakademie -Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- c) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- d) Für die Pflege und Weiterentwicklung des EDV-Mahnverfahrens durch die Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg sind die anteiligen Kosten zu erstatten. Des Weiteren bestehen für Pflege und Weiterentwicklung der Online-Antragsverfahren Online-Mahntrag und ProfiMahn Verpflichtungen gegenüber dem Land Bremen. Im Betrag sind auch die an das Land Berlin zu erstattenden Kostenanteile für die Entwicklung einer Automatisierungslösung und deren Betrieb im Rahmen des Europäischen Mahnverfahrens enthalten.
- e) Das Länderportal für Internetveröffentlichungen wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Veranschlagt ist der jährliche Anteil des Landes Bayern am InsO-Veröffentlichungs-Portal, am Registerportal und am Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP.
- f) Kosten für die Nutzung der vom Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Justiz-Auktionsplattform.
- g) Elektronische Akte
- h) Länderübergreifendes Vollstreckungsportal
- i) Elektronische Aufenthaltsüberwachung
- j) Justizportal

	2015	2016
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
zu a)	193,5	196,2
zu b)	167,5	167,5
zu c)	111,0	111,0
zu d)	325,0	325,0
zu e)	316,0	368,0
zu f)	12,0	12,5
zu g)	16,0	16,5
zu h)	586,0	586,0
zu i)	50,0	50,0
zu j)	200,0	200,0
Zusammen	1.977,0	2.032,7

2015 gegenüber 2014:
Mehr 447,0 Tsd. €,

2016 gegenüber 2015:
Mehr 55,7 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/671 02

Mit den Ausgabemitteln werden anteilig die Kosten der Übernahme von sog. weißen Karteikarten samt Verwahrnachrichten in das Zentrale Testamentsregister der Bundesnotarkammer finanziert.

Zu 04 04/681 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl I S. 157) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) §§ 467, 467 a ff. StPO.

Zu 04 04/685 01

Mit den veranschlagten Mitteln wird das Programm "Kein-Täter-werden-Bayern" finanziert.

Der Träger des Programm "Kein-Täter-werden-Bayern" erzielt durch den Betrieb der Ambulanz keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens des Trägers verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

2015 gegenüber 2014:
Mehr 210,0 Tsd. € wegen Ausweitung des Projekts.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013	
1	2	3	4	5	C	Ist 2012	
						Tsd. €	
						6	
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.370,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.276,6	3.454,3	A	2.197,7	
						B	1.607,9
						C	1.255,8

Erläuterungen**Zu 04 04/686 03**

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht müssen faktisch ambulante Nachsorgeeinrichtungen für entlassene Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut und betrieben werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg finanziell gefördert. Zusätzlich sollen über jeweils 3 Jahre von drei Fachambulanzen besonders gefährliche Gewaltstraftäter therapeutisch mitversorgt werden. Die therapeutische Mitversorgung besonders gefährlicher Straftäter ist innerhalb von drei Jahren nach Beginn der ersten Förderung unter fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu evaluieren. Die ambulanten Nachsorgestellen sollen spätestens nach 10 Jahren evaluiert werden.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.078,9 Tsd. € wegen Aufstockung des Personals der Fachambulanzen, Kostensteigerungen und Mitversorgung von besonders gefährlichen Gewaltstraftätern.

2016 gegenüber 2015:

Mehr 177,7 Tsd. € wegen Kostensteigerungen.

Psychotherapeutische Fachambulanzen:

Die psychotherapeutischen Fachambulanzen für Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg sowie für besonders gefährliche Straftäter werden durch die jeweiligen kirchlichen Träger aus sozialen und christlichen Motiven betrieben. Die Fachambulanzen erzielen hierbei keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, spezialisierte ambulante Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter/Gewaltstraftäter extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens der kirchlichen Träger verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

Psychotherapeutische Fachambulanz des Evangelischen Hilfswerks München, Magdalenenstraße 7, 80638 München**Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

		Betrag für	Betrag für	Betrag für	Istergebnis
		2015	2016	2014	2013
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Ausgaben					
1.	Personalausgaben	981,7	1.079,2	702,4	
2.	Sächliche Verwaltungsausgaben	383,9	345,1	157,7	
3.	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
4.	Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
Zusammen		1.365,6	1.424,3	860,1	
Einnahmen					
1.	Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2.	Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3.	Zuwendungen des Landes	1.365,6	1.424,3	663,1	
Zusammen		1.365,6	1.424,3	663,1	

Erläuterungen

Psychotherapeutische Fachambulanz der Stadtmission Nürnberg e.V., Pirckheimerstraße 16a, 90408 Nürnberg**Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2015 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Istergebnis 2013 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	719,1	841,1	521,0	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	282,4	252,3	123,0	
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
Zusammen	1.001,5	1.093,4	644,0	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	1.001,5	1.093,4	644,0	
Zusammen	1.001,5	1.093,4	644,0	

Psychotherapeutische Fachambulanz des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V., Franziskanergasse 3, 97070 Würzburg**Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2015 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Istergebnis 2013 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	643,3	661,5	349,0	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	266,2	275,1	106,0	
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
Zusammen	909,5	936,6	455,0	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	909,5	936,6	455,0	
Zusammen	909,5	936,6	455,0	

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €	A Soll 2014 B Ist 2013 C Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Baumaßnahmen			
701 01-5	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Nrn. 31 bis 39 der Erläuterungen sind verbindlich.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 8.540,4</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 9.843,6</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.781,2	10.104,0	A 9.563,6 B 6.151,6 C 4.550,6

Erläuterungen

Zu 04 04/701 01

	Tsd. €
2015	
1. Amtsgericht Starnberg Sanierung Tiefgarage	500,0
2. Amtsgericht Fürstenfeldbruck, Stadelberger Straße 5 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	950,0
3. Amtsgericht Laufen Umsetzung des Sicherheitskonzepts	500,0
4. Amtsgericht Freising Umsetzung des Sicherheitskonzepts	345,0
5. Amtsgericht Ebersberg Energetische Sanierung	600,0
6. Landgericht Augsburg, Fuggerstraße 10 Umsetzung des Sicherheitskonzept	161,0
7. Amtsgericht Dillingen Umsetzung des Sicherheits- und Brandschutzkonzepts	190,5
8. Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung Südflügel	1.000,0
9. Landgericht Traunstein Fassadensanierung	556,1
10. Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35 Sanierung der Fenster und Fassaden der Innenhöfe (1. Bauabschnitt)	250,0
11. Land- und Amtsgericht Ansbach Umsetzung des Sicherheitskonzepts u.a. (1. Bauabschnitt)	730,0
12. Amtsgericht Weißenburg i.Bay. Umsetzung des Sicherheitskonzepts (1. Bauabschnitt)	100,0
13. Land- und Amtsgericht Regensburg, Sitzungssaalgebäude Augustenstraße 5 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	400,0
14. Land- und Amtsgericht Regensburg Anbindung an die Heizung der Justizvollzugsanstalt (1. Bauabschnitt)	70,0
15. Amtsgericht Kelheim Sanierung Dach und Fassade, energetische Sanierung (1. Bauabschnitt)	818,0
16. Amtsgericht Neumarkt i.d.Opf. Statische Sicherung und Sanierung Dachstuhl (1. Bauabschnitt)	200,0
17. Amtsgericht Straubing Energetische Sanierung	232,0
18. Amtsgericht Lichtenfels Neubau eines Archivgebäudes (1. Bauabschnitt)	50,0
19. Landgericht Aschaffenburg, Erthalstraße 3 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen	226,0
20. Amtsgericht Oberrburg a.Main Herstellung der Barrierefreiheit	295,0
21. Gerichtsgebäude Mellrichstadt Sanierung Dachstuhl	450,0
22. Amtsgericht Forchheim Umsetzung des Sicherheitskonzepts	100,0
23. Amtsgericht Kronach Umsetzung des Sicherheitskonzepts und Sanierung Sitzungssaal	780,0
24. Amtsgericht Bad Kissingen Fassadensanierung	60,0

Erläuterungen

Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"		Tsd. €
25.	Amtsgericht Fürstenfeldbruck, Fürstenfelderstr. 40 a Herstellung behindertengerechter Zugang	15,0
26.	Landgericht Deggendorf Herstellung behindertengerechter Zugang	25,0
27.	Amtsgericht Erding, Gestütring 2 Herstellung behindertengerechter Zugang und behindertengerechte Toilette	73,0
28.	Landgericht Ingolstadt Herstellung behindertengerechter Zugang und behindertengerechte Toilette	76,6
29.	Amtsgericht Amberg, Baustadelgasse 1 Einbau eines barrierefreien Aufzugs und barrierefreier Toiletten (1. Bauabschnitt)	189,0
30.	Weitere fünf Maßnahmen unter 50,0 Tsd. €	189,0
Lt. Beschluss des Bayer. Landtags vom 10.12.2014		
31.	Amtsgericht Fürth Barrierefreie Herstellung des Eingangsbereichs	560,0
32.	Zentraljustizgebäude Landshut Behindertengerechte Ertüchtigung der Aufzüge	360,0
33.	Amtsgericht Rosenheim Barrierefreie Herstellung des Eingangsbereichs	250,0
34.	Amtsgericht Ingolstadt Einbau Aufzug und behindertengerechter Toilette	115,0
35.	Amtsgericht Fürstenfeldbruck Einbau Aufzug und behindertengerechter Toilette	265,0
36.	Amtsgericht Amberg Einbau Aufzug und behindertengerechter Toilette	370,0
37.	Amtsgericht Augsburg Einbau Aufzüge und Anbau Rampe	400,0
38.	Amtsgericht Kaufbeuren Einbau Aufzug	150,0
39.	Amtsgericht Gemünden a. Main Barrierefreie Herstellung des Eingangsbereichs	180,0
Zusammen		12.781,2

Erläuterungen

2016		Tsd. €
1.	Landgericht Augsburg Kanalsanierung	491,0
2.	Amtsgericht Dillingen Brandschutz und Austausch Fenster	493,5
3.	Amtsgericht Landsberg Energetische Sanierung	170,0
4.	Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung Ostflügel	800,0
5.	Zentraljustizgebäude Landshut Sanierung der Flachdächer	830,0
6.	Landgericht Landshut Erneuerung der Personenaufzüge	350,0
7.	Amtsgericht Ingolstadt Renovierung Sitzungssäle	240,0
8.	Amtsgericht Fürstenfeldbruck Umbau- und Sanierungsmaßnahmen	250,0
9.	Amtsgericht Wolfratshausen Umsetzung des Sicherheitskonzepts	250,0
10.	Amtsgericht Rosenheim Umsetzung des Sicherheitskonzepts u. Herstellung der Barrierefreiheit	989,1
11.	Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35 Sanierung der Fenster und Fassaden der Innenhöfe (2. Bauabschnitt)	200,0
12.	Land- und Amtsgericht Ansbach Umsetzung des Sicherheitskonzepts u.a. (2. Bauabschnitt)	900,0
13.	Amtsgericht Weißenburg i.Bay. Umsetzung des Sicherheitskonzepts (2. Bauabschnitt)	200,0
14.	Land- und Amtsgericht Regensburg Anbindung an die Heizung der Justizvollzugsanstalt (2. Bauabschnitt)	220,0
15.	Amtsgericht Amberg Brandschutzmaßnahmen	130,0
16.	Amtsgericht Kelheim Sanierung Dach und Fassade, energetische Sanierung (2. Bauabschnitt)	400,0
17.	Amtsgericht Neumarkt i.d.Opf. Statische Sicherung und Sanierung des Dachs (2. Bauabschnitt)	750,0
18.	Amtsgericht Lichtenfels Neubau eines Archivgebäudes (2. Bauabschnitt)	700,0
19.	Bayerische Justizakademie Pegnitz Sanierung Westfassade	750,0
20.	Amtsgericht Bad Kissingen Erneuerung Dachstuhl samt Dacheindeckung	100,0
21.	Amtsgericht Gemünden a. Main Generalsanierung (1. Bauabschnitt)	350,0
<u>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"</u>		
22.	Amtsgericht Ingolstadt, Schrankenstraße 3 Herstellung behindertengerechter Zugang, Einbau behindertengerechter Aufzug	180,4
23.	Amtsgericht Amberg, Baustadelgasse 1 Einbau eines barrierefreien Aufzugs und barrierefreier Toiletten (2. Bauabschnitt)	180,0
24.	Amtsgericht Gemünden a. Main Herstellung behindertengerechter Zugang	180,0
Zusammen		10.104,0

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
710 00-5	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 232.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	36.000,0	38.000,0	A	36.000,0
					B	17.585,6
					C	19.963,9
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-2	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	75,5	A	56,4
					B	41,9
					C	37,8
812 01-1	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.142,2	3.392,2	A	2.373,4
					B	3.118,6
					C	1.788,5
812 04-8	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Neu-Ulm	---	***	A	76,5
					B	22,8
					C	65,5
<u>812 05-7</u>	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Günzburg	780,0	---	A	
<u>812 06-6</u>	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Memmingen <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	
<u>812 08-4</u>	051	Neuausstattung des Sitzungssaalgebäudes auf dem Gelände der JVA München-Stadelheim	210,0	---	A	
812 09-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Rosenheim	---	---	A	---
					C	7,5

Erläuterungen

Zu 04 04/811 01

2015 gegenüber 2014:

Weniger 56,4 Tsd. €. Im Haushaltsjahr 2015 werden keine Beschaffungen vorgenommen.

2016**1. Erstbeschaffung**

Tsd. €

2. Ersatzbeschaffung

-

Zu ersetzen:

Traktor (Landgericht Landshut)

30,5

Kastenwagen (Amtsgericht München)

45,0

Zusammen 75,5**Zu 04 04/812 01**

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geräte für Textautomation/Mikrocomputer	15,0	15,0
2. Telekommunikationsgeräte (ohne Telefax)	40,4	85,0
3. Kopierautomaten	161,8	458,6
4. EDV-gerechtes Mobiliar	160,0	160,0
5. Video-Anlagen	153,3	317,8
6. Zeiterfassungsgeräte	239,0	482,9
7. Diktier- und Wiedergabegeräte	250,0	250,0
8. Maschinen und Geräte für den Bürobetrieb	250,0	250,0
9. Maschinen und Geräte für die Hausbewirtschaftung	161,7	290,0
10. Registratureinrichtungen	163,9	300,0
11. Kleinere Teilneuausstattungen	547,1	782,9
Zusammen	<u>2.142,2</u>	<u>3.392,2</u>

2015 gegenüber 2014:

131,9 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

99,3 Tsd. € weniger wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,

231,2 Tsd. € weniger.

2016 gegenüber 2015:

Mehr 1.250,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 04

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 04/812 05

Im Zusammenhang mit der bei Kap. 04 04 Tit. 726 31 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Haushaltsjahr 2015 Neu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 780,0 Tsd. € wegen erstmaliger Veranschlagung.

2016 gegenüber 2015:

Weniger 780,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 06

In Zusammenhang mit der bei Kap. 04 04 Tit. 725 03 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

Zu 04 04/812 08

In Zusammenhang mit der bei Kap. 04 04 Tit. 711 05 veranschlagten Hochbaumaßnahme ist im Jahr 2015 eine Neuausstattung erforderlich.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 210,0 Tsd. €.

2016 gegenüber 2015:

Weniger 210,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 09

Die Ausstattung des ersten Teilbauabschnittes ist abgeschlossen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
812 14-6	051	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 280,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	280,0	A	350,0
					B	347,4
					C	378,6
812 15-5	051	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 135,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	135,0	A	300,0
					B	169,2
					C	505,7
812 19-1	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Amberg	418,5	---	A	---
					B	4,2
					C	79,0
<u>812 21-7</u>	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Haßfurt <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	300,0	A	
812 25-3	051	Teilneuausstattung Justizbehörden München <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 660,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	660,0	A	300,0
					B	523,9
					C	285,2
812 27-1	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Bayreuth	---	***	A	60,0
					B	86,6
					C	81,0
812 29-9	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Hof <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 470,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	470,0	A	679,0
					C	180,0

Erläuterungen

Zu 04 04/812 14	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	6.775,2
Bis einschließlich 2014 bewilligt	6.395,2
Haushaltsbetrag 2015	100,0
Haushaltsbetrag 2016	280,0

2015 gegenüber 2014:

19,4 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
230,6 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>250,0 Tsd. €</u>	weniger.

2016 gegenüber 2015:
Mehr 180,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 04/812 15	
2015 gegenüber 2014:	
16,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
183,3 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
<u>200,0 Tsd. €</u>	weniger.

2016 gegenüber 2015:
Mehr 35,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 19
In Zusammenhang mit der bei Kap. 04 04 Tit. 747 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Jahr 2015 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2015 gegenüber 2014:
Mehr 418,5 Tsd. €.

2016 gegenüber 2015:
Weniger 418,5 Tsd. €. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 21
In Zusammenhang mit der bei Kap. 04 04 Tit. 743 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Jahr 2016 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2016 gegenüber 2015:
Mehr 300,0 Tsd. €. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 25	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	11.553,2
Bis einschließlich 2014 bewilligt	10.793,2
Haushaltsbetrag 2015	100,0
Haushaltsbetrag 2016	660,0

Die Mittel sind vor allem für Dienstzimmer- und Sitzungssaalausstattungen in den Münchner Justizgebäuden vorgesehen.

2015 gegenüber 2014:

16,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
183,3 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
<u>200,0 Tsd. €</u>	weniger.

2016 gegenüber 2015:
Mehr 560,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 27
Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 04/812 29
Im Zusammenhang der bei 04 04/735 02 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Haushaltsjahr 2016 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2015 gegenüber 2014:
Weniger 679,0 Tsd. €. Die Ausstattungsmaßnahme wird aufgrund von Bauzeitverzögerungen im Jahr 2016 erfolgen.

2016 gegenüber 2015:
Mehr 470,0 Tsd. €. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 30-6	051	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	110,0	A	50,0
					B	81,1
					C	84,3
812 31-5	051	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0	700,0	A	1.618,0
					B	715,0
					C	1.513,1
812 33-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizschule Pegnitz <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0	50,0	A	---

Erläuterungen

Zu 04 04/812 30

Die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Videovernehmungs- und -konferenzsystemen ist erforderlich, weil die Gerichte und Staatsanwaltschaften verstärkt von den vom Gesetzgeber eingeräumten Möglichkeiten, Zeugen oder Sachverständige zu vernehmen, oder Verhandlungen mit Hilfe von Videokonferenzanlagen durchzuführen (u.a. §§ 58, 186 e, 247 a StPO), Gebrauch machen. Außerdem häufen sich Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland zur Vernehmung von Zeugen mittels Videokonferenzen.

2015 gegenüber 2014:

2,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
47,2 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung,
<hr/> 50,0 Tsd. €	weniger.

2016 gegenüber 2015:

Mehr 110,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 31

Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

2015 gegenüber 2014:

90,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
828,0 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
<hr/> 918,0 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/812 33

2015 gegenüber 2014:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG mit Ausnahme von 981 99 gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-8	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	4.157,5	4.157,5	A	3.157,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €</i>			B	4.579,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €</i>			C	5.070,3
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2015 in Höhe von 1.106,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2016 Tsd. €</i>	1.103,0			
		<i>2017 Tsd. €</i>	3,0			
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2016 in Höhe von 1.343,0 Tsd. € werden fällig frühestens im Haushaltsjahr</i>				
		<i>2017 Tsd. €</i>	1.343,0			

Erläuterungen**Zu 04 04/99**

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der IT erledigt oder durch IT unterstützt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (forumSTAR-Insolvenz, INKA),
- Verfahren der Strafgerichte (forumSTAR-Straf, STRAFTEXT),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitungslösung forumSTAR-Text),
- Vollstreckung der Erziehungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle,
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuches,
- Integriertes Haushaltsverfahren (IHV),
- Personal- und Stellenverwaltung in der staatlichen Verwaltung (VIVA),
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV, KABU und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SOLKOST, NACHKOST, forumSTAR),
- Justizverwaltung (VEWA, DIAPERS, Verwaltungsmanagementprogramm SeminarIS, DMS Projekt eGovSuite, Archivierungsprojekt ELAP),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (JURIS), beck-online und Jurion,
- Einholung von Auskünften bei zentralen Registern durch die Gerichtsvollzieher,
- Vollstreckungsportal der Länder,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FGG-Angelegenheiten (forumSTAR, NACHTEXT),
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR),
- elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Automatisiertes Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung (RAS),
- Bewährungshilfe (RESODAT/SoPart).

Die Arbeiten erledigen grundsätzlich Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere Stellen in Anspruch genommen werden.

Zuständig ist die Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz beim Oberlandesgericht München (IT-Stelle) mit Ausnahme der Aufgaben, die von der IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz (IBS) wahrgenommen werden. Ferner sind im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Landesjustizkasse Bamberg (LJK) sowie das Zentrale Mahngericht bei dem Amtsgericht Coburg (ZEMA) mit Aufgaben der elektronischen Datenverarbeitung betraut.

Erläuterungen

Für die Betreuung der vernetzten PC und PC-Fachanwendungen ist ferner als zentrale Anlaufstelle der Anwender die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz in Amberg zuständig.

Rein technische Betriebs- und Betreuungsaufgaben (insbesondere Hardware, System- und Standardsoftware sowie Netz) sowie die im Wege der Ersatzbeschaffung auszurollenden PC und IT-Infrastruktur sind - unter Wahrung der Kernkompetenz der Justiz - auf externe Firmen verlagert.

Die Rechenzentrumsdienstleistungen werden

- vom Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord für den Bereich des Fachverfahrensbetriebs und
- vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (IT-Dienstleistungs-zentrum Bayern) und Rechtsreferendarausbildungssystem (RAS)

vorgenommen.

Übersicht über das dem IT-Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften (IT-Stelle, IBS, LJK, ZEMA) zuzuordnende Personal:

	Anzahl der Stellen 2015	Anzahl der Stellen 2016
Beamte		
R 3	1,0	1,0
R 2	4,0	4,0
R 1	6,9	6,9
A 14	4,0	4,0
A 13	2,5	2,5
A 12	23,4	23,4
A 11	40,9	40,9
A 10	37,1	37,1
A 9 + Z	3,0	3,0
A 9	34,3	34,3
A 8	25,1	25,1
A 7	34,5	34,5
A 6	10,0	10,0
A 5	2,0	2,0
Summe	228,7	228,7

	Anzahl der Stellen 2015	Anzahl der Stellen 2016
Arbeitnehmer		
E 14	1,0	1,0
E 13	-	-
E 12	-	-
E 11	1,4	1,4
E 10	6,5	6,5
E 9	30,6	30,6
E 8	8,4	8,4
E 7	-	-
E 6	5,8	5,8
E 5	0,5	0,5
Summe	54,2	54,2
Insgesamt	282,9	282,9

Zu 04 04/511 99

	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	608,0	505,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	1.793,0	1.943,0
3. Mieten und Wartung	1.756,5	1.709,5
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	4.157,5	4.157,5

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.000,0 Tsd. €, u.a. aufgrund höherer Ersatzbeschaffungen, Leitungskosten sowie Pflege- und Wartungsarbeiten im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
514 99-5	051	Verbrauchsmittel	30,0	30,0	A	30,0
					B	23,3
					C	15,2
518 99-1	051	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.900,8	1.900,8	A	2.117,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €</i> 2.055,0			B	1.844,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €</i> 2.055,0			C	1.844,5
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
519 99-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-2	051	Aus- und Fortbildung	124,6	124,6	A	131,9
					B	1,0
526 99-1	051	Ausgaben für Sachverständige	12.320,1	12.493,8	A	12.198,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €</i> 600,0			B	15.164,0
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	14.925,9
533 99-2	051	Nebenkosten der Datenverarbeitung	244,0	244,0	A	244,0
					B	1,0
					C	2,2
534 99-1	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	3.572,1	4.399,0	A	3.572,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €</i> 500,0			B	3.596,1
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	2.488,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €</i> 4.500,0				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2016 in Höhe von 4.500,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2017 Tsd. €</i> 2.500,0				
		<i>2018 Tsd. €</i> 2.000,0				
632 99-2	051	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch)	---	---	A	---
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 232 02.</i>			B	926,7
					C	1.840,7
815 99-1	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	13.331,4	14.331,4	A	12.319,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €</i> 114,0			B	8.170,0
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	8.436,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €</i> 6.115,0				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2016 in Höhe von 6.115,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2017 Tsd. €</i> 3.115,0				
		<i>2018 Tsd. €</i> 3.000,0				
Summe der Titelgruppe			35.680,5	37.681,1	A	33.769,9
					B	34.305,8
					C	34.623,2
Gesamtausgaben			1.316.921,3	1.337.682,4	A	1.280.695,3
					B	1.192.310,5
					C	1.141.967,8

Erläuterungen

Zu 04 04/518 99

2015 gegenüber 2014:

Weniger 216,2 Tsd. € aufgrund der Reduzierung des Verfahrens und der prognostizierten Ausgabeentwicklung für die Nutzung des Rechenzentrums der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) für das automatisierte gerichtliche Mahnverfahren und seine Online-Anwendungen TAR/WEB und Optimahn.

Zu 04 04/525 99

2015 gegenüber 2014:

Weniger 7,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/526 99

2015 gegenüber 2014:

Mehr 122,1 Tsd. € infolge höherer Kosten für die externen Leistungen (Outsourcing) beim IT-Betrieb, PC- und Server-Ersatzbeschaffungen und User-Help-Desk sowie für notwendige Sachverständigenleistungen.

2016 gegenüber 2015:

Mehr 173,7 Tsd. € infolge höherer Kosten für externe Leistungen im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und elektronischer Akte.

Zu 04 04/534 99

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	669,2	669,2
2. Softwareentwicklung durch Dritte	2.902,9	3.729,8
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	3.572,1	4.399,0

2016 gegenüber 2015:

Mehr 826,9 Tsd. € für Datenerfassung und Softwareentwicklung zur Vorbereitung der Fachverfahrenssoftware auf den elektronischen Rechtsverkehr und Einbindung der elektronischen Akte.

Zu 04 04/632 99

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachverfahren gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR und bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch.

Zu 04 04/815 99

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Zentraleinheiten	3.610,0	3.610,0
2. Peripheriegeräte	4.815,5	5.315,5
3. Datenträger	-	-
4. Erwerb von Software	4.905,9	5.405,9
5. Geräte und Einrichtungsgegenstände für Zwecke des Datenschutzes und der Datensicherheit	-	-
Zusammen	13.331,4	14.331,4

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.012,0 Tsd. € aufgrund höherer Beschaffungskosten im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte.

2016 gegenüber 2015:

Mehr 1.000,0 Tsd. € aufgrund weiterer höherer Beschaffungskosten im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	965.950,0	965.950,0	A	964.520,0
					B	886.462,6
					C	831.910,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.530,0	3.530,0	A	3.440,0
					B	1.098,9
					C	909,0
		Gesamteinnahmen	969.480,0	969.480,0	A	967.960,0
					B	887.561,5
					C	832.819,5
		Personalausgaben	705.172,6	722.711,0	A	673.056,6
					B	656.752,5
					C	631.160,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	534.165,8	535.260,3	A	534.708,7
					B	489.486,7
					C	463.444,0
		Ausgaben für den Schuldendienst	350,0	350,0	A	400,0
					B	288,7
					C	471,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.519,6	10.753,0	A	8.783,7
					B	8.764,7
					C	8.934,9
		Baumaßnahmen	48.781,2	48.104,0	A	45.563,6
					B	23.737,2
					C	24.514,4
		Sonstige Sachinvestitionen	17.932,1	20.504,1	A	18.182,7
					B	13.280,6
					C	13.442,3
		Gesamtausgaben	1.316.921,3	1.337.682,4	A	1.280.695,3
					B	1.192.310,5
					C	1.141.967,8
		Zuschuss	347.441,3	368.202,4	A	312.735,3
					B	304.748,9
					C	309.148,3

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6,3	6,3	A	6,5
					B	5,7
					C	6,3
<u>111 02-5</u>	056	Haftkostenbeiträge	150,0	150,0	A	
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	0,2	0,2	A	0,2
					B	0,3
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	30,5	30,5	A	30,0
					B	34,3
					C	45,2
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	869,4	869,4	A	850,0
					B	1.176,5
					C	1.304,1
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1.750,0	1.750,0	A	2.240,0
					B	2.444,9
					C	2.441,1
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen bis zur Höhe von 1.000,0 Tsd. € erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 Titelgruppe 72 zu 100 %, darüber hinaus gehende Mehreinnahmen bis zur Höhe von insgesamt 10 % des Haushaltsansatzes erhöhen diese Ausgabebefugnis zu 50 %.</i> <i>Leistungen der Arbeitsbetriebe und der Arbeitseinsatz von Gefangenen dürfen für die in der Bekanntmachung vom 23. Sept. 1997 (JMBl S. 132) genannten Bezugsberechtigten nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	44.000,0	44.000,0	A	43.100,0
					B	46.101,7
					C	43.262,3
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	560,0	560,0	A	550,0
					B	585,8
					C	558,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	200,0	200,0	A	130,0
					B	489,0
					C	236,0
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	45,0	45,0	A	45,0
					B	43,2
					C	6,6
235 12-4	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk zu 428 12.</i>	---	---	A	---
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	66,0	66,0	A	65,0
					B	67,5
					C	63,3

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 05

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 678), in den jeweils geltenden Fassungen.

Zu 04 05/111 01 bis 125 01

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde.

Zu 04 05/111 01

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

Zu 04 05/111 02

Veranschlagt sind die an den Freistaat Bayern aufgrund von Art. 49 BayStVollzG von Gefangenen zu zahlenden Haftkostenbeiträge.

Zu 04 05/119 11

2015 gegenüber 2014:

Mehr 0,5 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/119 49

2015 gegenüber 2014:

150,0 Tsd. €	weniger wegen künftiger Veranschlagung der Erhebung von Haftkostenbeiträgen bei Tit. 111 02,
169,4 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung,
<u>19,4 Tsd. €</u>	mehr.

Zu 04 05/124 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.500,0	1.500,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	100,0	100,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	30,0	30,0
Sonstige Einnahmen	120,0	120,0
Zusammen	<u>1.750,0</u>	<u>1.750,0</u>

2015 gegenüber 2014:

Weniger 490,0 Tsd. € wegen Reduzierung des Wohnungsbestandes (Abgabe an Epl. 13).

Zu 04 05/125 01

Vgl. Titelgruppe 72 (Ausgaben).

2015 gegenüber 2014:

Mehr 900,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Auftragsentwicklung.

Zu 04 05/125 02

Vgl. Titel 514 21.

Zu 04 05/231 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBl S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

2015 gegenüber 2014:

Mehr 70,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/232 01

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

Zu 04 05/236 01

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	80,0	80,0	A	75,0
					B	90,9
					C	89,0
271 01-2	056	Zuweisungen der EU und des Bundes im Rahmen von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 71.</i>	---	---	A	---
					C	110,9
		Gesamteinnahmen	47.757,4	47.757,4	A	47.091,7
					B	51.039,6
					C	48.123,6
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 01-0	056	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	189.923,6	194.162,5	A	171.733,6
					B	174.785,2
					C	164.283,7
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	6.103,2	6.183,0	A	5.932,7
					B	4.470,8
					C	4.578,6
422 31-4	056	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	35,7
					C	5,8
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	438,7
					C	403,7
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	235,0	235,0	A	235,0
					B	217,4
					C	234,8
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	25,0	25,0	A	30,0
					B	15,1
					C	15,2
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	16.012,4	16.283,4	A	15.760,7
					B	15.191,6
					C	15.042,8
428 07-8	056	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	23.895,8	24.300,3	A	21.748,3
					B	22.670,9
					C	21.157,5
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	1.507,5	1.507,5	A	1.189,0
					B	1.593,6
					C	1.446,7
428 12-1	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	1.721,2	1.721,2	A	2.137,8
					B	1.727,8
					C	1.714,1
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	187,4
					C	198,0

Erläuterungen

Zu 04 05/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 5,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/271 01

Veranschlagt sind Zuweisungen der Europäischen Union und des Bundes zur Durchführung von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt.

Zu 04 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Erschwerniszulagen	1.800,0	1.800,0

Zu 04 05/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 05/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 05/427 01

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Vergütungen für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	110,2	110,2
- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)	124,8	124,8
Zusammen	235,0	235,0

Zu 04 05/427 41

Veranschlagt ist das Entgelt für 3 Berufspraktikanten in den Justizvollzugsanstalten Aichach, Augsburg und München (neu eingerichtete Mutter-Kind-Abteilung).

2015 gegenüber 2014:

Weniger 5,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Zu 04 05/428 01 (und 428 11, 428 15)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung. Ferner 26,0 Tsd. € für die Gewährung der sog. Gitterzulage für die in der Bayerischen Justizvollzugsschule Straubing beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in entsprechender Anwendung der einschlägigen besoldungsrechtlichen Regelung.

Zu 04 05/428 11

Veranschlagt sind Mittel für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 235,0 Tsd. € zur Finanzierung von Ersatzkräften für die Bereitstellung von qualifiziertem Personal aus den Justizvollzugsanstalten zur Abdeckung zusätzlichen Lehrkräftebedarfs aufgrund gestiegener Ausbildungszahlen.

Zu 04 05/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 05/428 21 (und 428 05)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	460,0	460,0	A	450,0
					B	463,9
					C	432,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-2	056	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.387,1	1.387,1	A	1.400,0
					B	1.251,8
					C	1.172,7
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	477,0	477,0	A	465,0
					B	542,7
					C	546,2
511 24-5	056	Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde sowie Aufwandsentschädigung für Hundehalter	67,1	67,1	A	60,0
					B	39,5
					C	19,3
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	396,7	396,7	A	400,0
					B	479,4
					C	438,4
514 02-8	056	Beschaffung von Munition	68,0	68,0	A	68,0
					B	77,4
					C	72,5

Erläuterungen

Zu 04 05/453 01		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Trennungsgeld	320,0	320,0
2.	Umzugskostenvergütungen	140,0	140,0
Zusammen		460,0	460,0

2015 gegenüber 2014:

Mehr 51,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf auf Grund zusätzlicher Planstellen für das neue Haus für Sicherungsverwahrung in Straubing sowie den Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Augsburg-Gablingen.

Zu 04 05/511 01		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	440,0	440,0
2.	Bücher und Zeitschriften	140,0	140,0
3.	Kommunikation	209,2	209,2
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	200,0	200,0
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	352,8	353
6.	Sonstiges	45,1	45,1
Zusammen		1.387,1	1.387,1

2015 gegenüber 2014:

Weniger 12,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/511 22

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Waffen und Schutzmasken.

2015 gegenüber 2014:

9,2 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Anpassung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

21,2 Tsd. € mehr wegen gestiegenem Bedarf auf Grund gesetzlicher Anforderungen,

12,0 Tsd. € mehr.

Zu 04 05/511 24

2015 gegenüber 2014:

3,3 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

10,4 Tsd. € mehr zur Fortführung des zentralen Diensthundewesens im bayerischen Justizvollzug in Anlehnung an die Regelungen der bayerischen Polizei,

7,1 Tsd. € mehr.

Zu 04 05/514 01		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	200,0	200,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	196,7	196,7
Zusammen		396,7	396,7

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung

Kosten wie vor 396,7 396,7

Personalausgaben - -

Beschaffung von Dienstfahrzeugen 350,0 350,0

Ausgaben für Leasing/Miete 48,0 48,0

Zusammen 794,7 794,7

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2014	
	2015	2016	2014	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	57	57	56	56	17
Lastkraftwagen, Transporter	26	27	26	26	-

2015 gegenüber 2014:

22,2 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

18,9 Tsd. € mehr infolge Preissteigerungen sowie Unterhalt zusätzliches Fahrzeug für das Haus für Sicherungsverwahrte in Straubing und den Neubau der JVA Augsburg-Gablingen,

3,3 Tsd. € weniger.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	1.480,7	2.047,7	A	1.490,0
					B	1.312,1
					C	1.322,2
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 v.H. der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	415,4	415,4	A	415,0
					B	437,6
					C	437,9
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	7.500,0	7.500,0	A	6.700,0
					B	7.243,7
					C	7.134,2
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	16.400,0	16.400,0	A	15.100,0
					B	16.225,0
					C	14.912,6
517 31-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-6	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.500,0	1.500,0	A	9,0
					B	13,9
					C	8,1
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	53,8	53,8	A	53,0
					B	152,7
					C	431,5
518 18-6	056	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	27,9	27,9	A	27,5
					B	38,2
					C	30,3
518 31-9	056	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/514 11

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstausrüstungen von Bediensteten mit Dienstkleidung sowie Beschaffung, Instandsetzung und Ergänzung staatseigener Ausrüstungsgegenstände und zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

2015 gegenüber 2014:

13,3 Tsd. €	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
22,6 Tsd. €	mehr	im Hinblick auf die Einführung einer neuen Dienstkleidung für die bayerische Justiz,
9,3 Tsd. €	weniger.	

2016 gegenüber 2015:

Mehr 567,0 Tsd. € wegen Einführung einer neuen Dienstkleidung für die bayerische Justiz (insgesamt sind 4.300 Justizvollzugsbedienstete auszustatten mit Kosten pro Erstausrüstung in Höhe von rund 1.000 €). Die Finanzierung erfolgt anteilig über den Dienstkleidungszuschuss.

Zu 04 05/514 21

Vgl. Titel 125 02.

Zu 04 05/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 800,0 Tsd. € wegen Entrichtung von Beitragsanteilen an Gemeinden im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen im Straßenbereich und an kommunalen Be- und Entwässerungseinrichtungen sowie wegen Preiserhöhungen.

Zu 04 05/517 05

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	10.000,0	10.000,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	6.400,0	6.400,0
Zusammen	16.400,0	16.400,0

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.300,0 Tsd. € wegen erhöhten Bedarfs infolge des Neubaus des Hauses für Sicherungsverwahrte in Straubing und des Neubaus der JVA Augsburg-Gablingen sowie wegen Preissteigerungen.

Zu 04 05/518 01.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 1.491,0 Tsd. € wegen Anmietung des künftigen Bedarfs an Dienstwohnungen nach Übertragung des gesamten Wohnungsbestandes auf den Epl 13 zum 01.01.2015.

Zu 04 05/518 11

2015 gegenüber 2014:

Mehr 0,8 Tsd. € wegen erhöhten Bedarfs infolge Anmietung von Großgeräten insbesondere im medizinischen Bereich zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Gefangenen.

Zu 04 05/518 18

Die Kosten für Leasing von Dienstfahrzeugen sind seit dem Doppelhaushalt 2005/2006 hier veranschlagt.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 0,4 Tsd. € wegen erhöhten Bedarfs (aus Wirtschaftlichkeitsgründen Leasing statt Kauf).

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	8.000,0	8.000,0	A	6.966,5
					B	8.158,6
					C	6.871,9
520 01-1	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 823 10.</i>	1.710,0	1.670,0	A	1.750,6
					B	1.752,1
					C	1.790,8

Erläuterungen

Zu 04 05/519 01		2015	2016
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	7.900,0	7.900,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	100,0	100,0
Zusammen		8.000,0	8.000,0

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die unabweisbaren Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für dringende Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) erfordern einen zusätzlichen Mitteleinsatz.

2015 gegenüber 2014:

125,9 Tsd. €	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1.159,4 Tsd. €	mehr	wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
1.033,5 Tsd. €	mehr.	

Zu 04 05/520 01

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung des Zinsanteils und der Betriebskosten des PPP-Projekts Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München benötigt. Die Raten für die investiven Kosten sind bei Tit. 823 10 veranschlagt.

2015 gegenüber 2014:

Weniger 40,6 Tsd. €,

2016 gegenüber 2015:

Weniger 40,0 Tsd. € wegen des Rückgangs des jährlichen Zinsanteils.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer <i>Zu 525 01 und 525 02: Gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	369,3	369,3	A	370,0
					B	422,8
					C	366,3
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung <i>Vgl. Vermerk zu 525 01.</i>	34,9	34,9	A	35,5
					B	20,3
					C	30,4
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	220,5	220,5	A	230,0
					B	316,8
					C	259,0

Erläuterungen

Zu 04 05/525 01	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	20,0	20,0
2. Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	7,0	7,0
3. Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	8,0	8,0
4. Lehrgänge für Führungskräfte	9,0	9,0
5. Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	13,0	13,0
6. Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen und Sozialarbeiter	28,8	28,8
7. Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	25,0	25,0
8. Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	7,5	7,5
9. Seminare über Aidsprobleme	5,0	5,0
10. Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	9,0	9,0
11. Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	9,0	9,0
12. Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	9,0	9,0
13. Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	15,0	15,0
14. Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	13,0	13,0
15. Seminare für Funktionsbeamte	10,0	10,0
16. Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	40,0	40,0
17. Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	8,0	8,0
18. Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	8,0	8,0
19. Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	3,0	3,0
20. Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	14,0	14,0
21. Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	14,0	14,0
22. Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	10,0	10,0
23. Lehrgänge über Behandlungsvollzug	9,0	9,0
24. Seminare über Belastungen und Konflikte infolge von Überbelegung	7,0	7,0
25. Ausbildung für "Reasoning & Rehabilitation" Trainer	13,0	13,0
26. Seminare über Umweltschutz	9,0	9,0
27. Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	3,0	3,0
28. Lehr- und Lernmittel	10,0	10,0
29. Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule)	8,0	8,0
30. Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	25,0	25,0
Zusammen	369,3	369,3

2015 gegenüber 2014:

6,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
6,8 Tsd. €	mehr wegen erhöhten Bedarfs auf Grund neu geschaffener Planstellen,
0,7 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/525 02

2015 gegenüber 2014:

1,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1,7 Tsd. €	mehr wegen erhöhtem Bedarf auf Grund neu geschaffener Planstellen,
0,6 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/527 01

2015 gegenüber 2014:

12,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
22,3 Tsd. €	mehr wegen erhöhtem Bedarf auf Grund neu geschaffener Planstellen,
9,5 Tsd. €	weniger.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	60,9	60,9	A	60,0
					B	60,4
					C	58,9
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	230,1	230,1	A	240,0
					B	279,9
					C	309,7
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	---	A	---
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Erläuterung ist verbindlich.</i>	900,0	1.100,0	A	700,0
					B	627,4
					C	430,4
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs	---	---	A	---
					B	13,6
					C	64,5

Erläuterungen

Zu 04 05/533 01

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Würzburg und Straubing und in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München.

Seit 2013 kommen Einzeltransporte der im Haus für Sicherungsverwahrte in Straubing Untergebrachten hinzu.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 0,9 Tsd. € wegen Anpassung an den erhöhten Bedarf.

Zu 04 05/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können bis zu 2,5 Tsd. € für Billigkeitsleistungen verwendet werden.

2015 gegenüber 2014:

13,3 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

23,2 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den erhöhten Bedarf,

9,9 Tsd. € weniger.

Zu 04 05/681 01

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

Zu 04 05/681 02

Die Mittel dienen insbesondere zur Unterstützung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten, speziell bei ihrer Entlassung. Von den Mitteln können im Rahmen des Übergangsmanagements jährlich bis zu 660,0 Tsd. € über Einrichtungen der Straftentlassenenhilfe oder als Zuschüsse an karitative Einrichtungen ausgereicht werden.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 200,0 Tsd. €,

2016 gegenüber 2015:

Mehr 200,0 Tsd. € im Hinblick auf das Übergangsmanagement.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Nrn. 36 bis 38 der Erläuterungen sind verbindlich.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €</i> 6.540,3 <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €</i> 7.843,6 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	8.562,9	8.185,6	A	7.645,3
					B	7.073,5
					C	5.723,9

Erläuterungen**Zu 04 05/701 01**

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Aichach; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	600,0	300,0
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Umbau der Torwache.	400,0	400,0
3. Justizvollzugsanstalt Amberg; Einbau einer Anlage für den inneren Blitz- und Überspannungsschutz.	300,0	-
4. Justizvollzugsanstalt Ansbach; Errichtung einer BOS-Objektfunkanlage.	160,0	150,0
5. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Errichtung einer BOS-Objektfunkanlage.	-	395,3
6. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	500,0	500,0
7. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erneuerung der Aufzugsanlagen.	200,0	200,0
8. Justizvollzugsanstalt Bernau; Trennung von Trinkwasser- und Löschwassernetz.	200,0	200,0
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Brandschutzmaßnahmen.	-	1.000,0
10. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Torwache.	-	400,0
11. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	250,0
12. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Zellenbau).	250,0	150,0
13. Justizvollzugsanstalt Erding; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes, Umbau und Sanierung.	280,0	-
14. Justizvollzugsanstalt Erlangen; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	200,0	-

Erläuterungen

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
15. Justizvollzugsanstalt Ingolstadt; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Sanierungen.	-	350,0
16. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der Ersatzstromversorgung;	400,0	-
17. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	450,0	400,0
18. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug (Gut Neuhof).	200,0	350,0
19. Justizvollzugsanstalt Kronach; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Brandschutzes.	200,0	100,0
20. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	220,0	-
21. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Sanierung der Küche und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	-	500,0
22. Justizvollzugsanstalt München; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes und Instandsetzungen (Gebäude des offenen Vollzugs).	-	300,0
23. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	315,3	-
24. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Trennung von Trinkwasser- und Löschwassernetz.	300,0	-
25. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Errichtung einer BOS-Objektfunkanlage.	250,0	-
26. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Einbau eines weiteren Notstromaggregats.	-	500,0
27. Justizvollzugsanstalt Straubing; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Stahlseilverspannungen).	510,0	-
28. Justizvollzugsanstalt Straubing; Errichtung einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter (Haus II).	500,0	500,0
29. Justizvollzugsanstalt Straubing; Erneuerung der Ersatzstromversorgung.	360,0	-
30. Justizvollzugsanstalt Traunstein; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	250,0	200,0
31. Justizvollzugsanstalt Würzburg; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	600,0	-
32. Justizvollzugsanstalt Würzburg; Erneuerung elektrotechnischer Anlagen.	-	500,0
<u>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"</u>		
33. Justizvollzugsanstalt Aichach; Umbau des Eingangsbereichs und Einbau eines Hublifts.	150,0	150,0
34. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Einbau von Aufzugsanlagen und einer barrierefreien Toilette.	215,0	215,0
35. Justizvollzugsanstalt München; Umbau des Eingangsbereichs, Einbau von Treppenliften und einer Aufzugsanlage.	202,6	175,3
<u>Lt. Beschluss des Bayer. Landtags vom 10.12.2014</u>		
36. Justizvollzugsanstalt Ansbach; Umbau Treppe, Einbau Lift und Rampe.	80,0	-
37. Justizvollzugsanstalt Straubing; Verwaltungsbereich: Einbau Aufzug und Rampe.	200,0	-
38. Justizvollzugsschule Straubing; Einbau von Rampen Türöffnern und behindertengerechter Toiletten.	70,0	-
Zusammen	8.562,9	8.185,6

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 30.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 30.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	42.000,0	41.000,0	A	45.000,0
					B	56.437,2
					C	42.180,3
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	280,0	280,0	A	280,0
					B	255,2
					C	419,9
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	300,0	300,0	A	300,0
					B	296,1
					C	265,1
812 02-7	056	Erstausstattung der Kranken-, der Mutter-Kind-Abteilung, der Abteilung für den offenen Vollzug und des neuen Seminargebäudes mit Wohnheim der Justizvollzugsanstalt Aichach	***	***	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/811 01**2015**

Tsd. €

1. Erstbeschaffung

Pkw, Betriebsarzt

25,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Gefangenentransporter, 62 kW, Baujahr 1997

Gefangenentransporter, 62 kW, Baujahr 2005

Gefangenentransporter, 80 kW, Baujahr 1999

Pkw, 72 kW, Baujahr 2000

Kombi, 84 kW, Baujahr 2005

Gefangenentransporter, 80 kW, Baujahr 1997

Pkw, 60 kW, Baujahr 2003

Radlader

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Versorgungsfahrzeug

50,0

Gefangenentransporter, 62 kW

40,0

Gefangenentransporter, 62 kW

45,0

Gefangenentransporter, 82 kW

35,0

Pkw, 75 kW,

20,0

Kombi, 80 kW

30,0

Radlader

35,0

Zusammen 280,0

2016**1. Erstbeschaffung**

Lkw JVA Regensburg Wäsche- und Brottransport

70,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Krankentransporter, 80 kW

Gefangenentransportbus, kW 75, Baujahr 2003

Gefangenentransportbus, kW 80, Baujahr 2004

Transporter, 80 kW, Baujahr 1999

Transporter, 74 kW, Baujahr 2005

Pkw-Kombi, 78 kW, Baujahr 2007

Pkw-Kombi, 78 kW, Baujahr 2002

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Transporter, 80 kW

30,0

Gefangenentransportbus, 75 kW

30,0

Gefangenentransportbus, 80 kW

45,0

Transporter, 80 kW

25,0

Transporter, 74 kW

20,0

Pkw-Kombi, 78 kW

30,0

Pkw-Kombi, 78 kW

30,0

Zusammen 280,0

2015 gegenüber 2014:

15,6 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

15,6 Tsd. €

mehr wegen dringend notwendiger Ersatzbeschaffungen.

0,0 Tsd. €

Zu 04 05/812 01**2015****2016**

Tsd. €

Tsd. €

Zeiterfassungssysteme

10,0

10,0

Büroausstattungen

170,0

160,0

Geräte für Personalküchen

20,0

30,0

Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich

100,0

100,0

Zusammen 300,0 300,0

2015 gegenüber 2014:

16,7 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

16,7 Tsd. €

mehr wegen dringend notwendiger Ersatzbeschaffungen.

0,0 Tsd. €

Zu 04 05/812 02

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 03-6	056	Neubau eines Versorgungszentrums mit Küche, Bäckerei und Wäscherei in der Justizvollzugsanstalt Aichach	1.000,0	230,0	A	306,7
812 04-5	056	Erstausstattung der privatfinanzierten Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung und Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München	***	***	A	---
812 05-4	056	Erwerb von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software für die Einrichtung eines EDV-gestützten Gebäudemanagements	***	***	A	---
812 06-3	056	Teilneuausstattung des erweiterten Arbeitsbetriebsgebäudes der Justizvollzugsanstalt Hof	***	***	A	---
812 07-2	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	50,0	50,0	A B C	80,0 111,8 55,5
812 08-1	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.500,0	3.200,0	A B	800,0 148,4
812 10-7	056	Neuausstattung nach Sanierung der Häuser G und H (Tuberkuloseabteilung und Krankenstation) der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	100,0	40,0	A B	130,0 91,4

Erläuterungen

Zu 04 05/812 03	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	631,0
Haushaltsbetrag 2015	1.000,0
Haushaltsbetrag 2016	230,0
Vorbehalten bleiben	139,0
Das neu zu errichtende Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei und Wäscherei) der Justizvollzugsanstalt Aichach muss ausgestattet werden (vgl. 04 05/726 21).	

2015 gegenüber 2014:		
17,0 Tsd. €	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
710,3 Tsd. €	mehr	wegen Notwendigkeit der Fertigstellung der Ausstattung des neu zu errichtenden Versorgungszentrums,
<u>693,3 Tsd. €</u>	mehr.	

2016 gegenüber 2015:
Weniger 770,0 Tsd. €.

Zu 04 05/812 04
Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 05
Maßnahmen zur Optimierung des Gebäudemanagements in allen bayerischen Justizvollzugseinrichtungen.

Zu 04 05/812 07	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	500,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	390,0
Haushaltsbetrag 2015	50,0
Haushaltsbetrag 2016	50,0
Vorbehalten bleiben	10,0
Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.	

2015 gegenüber 2014:		
4,4 Tsd. €	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
34,4 Tsd. €	weniger	wegen Rückgang des Bedarfs,
<u>30,0 Tsd. €</u>	weniger.	

Zu 04 05/812 08	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	8.900,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	1.200,0
Haushaltsbetrag 2015	4.500,0
Haushaltsbetrag 2016	3.200,0
Vorbehalten bleiben	-
Der Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen muss ausgestattet werden.	

2015 gegenüber 2014:		
44,4 Tsd. €	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
3.744,4 Tsd. €	mehr	wegen dringender Fertigstellung der Ausstattung,
<u>3.700,0 Tsd. €</u>	mehr.	

2016 gegenüber 2015:
Weniger 1.300 Tsd. €.

Zu 04 05/812 10	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	400,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	91,4
Haushaltsbetrag 2015	100,0
Haushaltsbetrag 2016	40,0
Vorbehalten bleiben	38,6
Die Häuser G und H der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth müssen nach der Sanierung neu ausgestattet werden.	

2015 gegenüber 2014:		
7,2 Tsd. €	weniger	infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
22,8 Tsd. €	weniger	wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>30,0 Tsd. €</u>	weniger.	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
812 11-6	056	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Ambulanz mit Zahnstation der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	***	***	A	---
					C	9,8
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	---	---	A	---
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	30,0	30,0	A	10,0
					C	53,7
812 18-9	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Landshut	---	---	A	---
					C	53,5
812 19-8	056	Ausstattung der Einrichtung für die Abschiebungshaft in Mühldorf am Inn	---	---	A	500,0
812 20-5	056	Neuausstattung der sanierten Frauenanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	***	***	A	---
812 21-4	056	Teilneuausstattung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	90,0	90,0	A	100,0
					B	85,0
					C	179,3
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	50,0	50,0	A	25,0
					B	50,2
					C	61,8
812 24-1	056	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	150,0	600,0	A	1.300,0

Erläuterungen

Zu 04 05/812 11

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 13

Der Ersatz der Waschstraße und der Wäschemangel ist noch vorzunehmen.

Zu 04 05/812 15

Kleinere Maßnahmen, insbesondere Erweiterung unzureichender oder Kauf gemieteter Fernsprechanlagen.

2015 gegenüber 2014:

0,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
20,6 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>20,0 Tsd. €</u>	mehr.

Zu 04 05/812 18

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 19

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 20

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 21

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	2.855,0
Haushaltsbetrag 2015	90,0
Haushaltsbetrag 2016	90,0
Vorbehalten bleiben	-

Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung sowie der Hafträume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.

2015 gegenüber 2014:

5,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
4,4 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>10,0 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 05/812 22

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	2.901,0
Haushaltsbetrag 2015	50,0
Haushaltsbetrag 2016	50,0
Vorbehalten bleiben	499,0

Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.

2015 gegenüber 2014:

1,4 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
26,4 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>25,0 Tsd. €</u>	mehr.

Zu 04 05/812 24

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	1.300,0
Haushaltsbetrag 2015	150,0
Haushaltsbetrag 2016	600,0
Vorbehalten bleiben	950,0

Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.

2015 gegenüber 2014:

72,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1.222,2 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>1.150,0 Tsd. €</u>	weniger.

2016 gegenüber 2015:

Mehr 450,0 Tsd. € wegen Fertigstellung eines weiteren auszustattenden Bauabschnitts.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
812 25-0	056	Neuausstattung der sanierten Justizvollzugsanstalt Memmingen	***	***	A	30,0
					B	22,7
					C	44,4
812 27-8	056	Teilneuausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	***	***	A	---
812 28-7	056	Erneuerung der Haftraumausstattung und des Wäschereimaschinenparks der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	---	---	A	---
					B	106,6
					C	143,0
812 33-0	056	Ausstattung der neu zu errichtenden Sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewaltstraftäter, der neu zu errichtenden Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten sowie damit verbundener Maßnahmen	350,0	400,0	A	350,0
					B	113,3
					C	266,4
812 34-9	056	Erst- und Neuausstattung der neuen Werkhalle in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	***	***	A	---
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	20,0	20,0	A	35,0
					B	29,6
812 40-1	056	Erstausstattung des neuen Hauses für Sicherungsverwahrte in der Justizvollzugsanstalt Straubing	***	***	A	---
					B	1.540,2
					C	116,6
812 42-9	056	Teilneuausstattung der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Straubing	---	---	A	---
812 43-8	056	Optimierung des Betriebsablaufs durch Zusammenlegung der Schreinerei und der EDV-Möbelfertigung in der Justizvollzugsanstalt Straubing	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/812 25

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 27

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 28

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	400,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	130,0
Haushaltsbetrag 2015	-
Haushaltsbetrag 2016	-
Vorbehalten bleiben	270,0

Die verschlissene Haftraumausstattung und der überalterte und reparaturanfällige Maschinenpark der Anstaltswäscherei der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld müssen erneuert werden.

Zu 04 05/812 33

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	2.150,0
Haushaltsbetrag 2015	350,0
Haushaltsbetrag 2016	400,0
Vorbehalten bleiben	600,0

Durch den Ausbau des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten und der Einrichtungen für sozialtherapeutische Maßnahmen soll das Behandlungsangebot in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

2015 gegenüber 2014:

19,4	Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
19,4	Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf.
0,0	Tsd. €	

2016 gegenüber 2015:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/812 34

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 37

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	1.649,4
Haushaltsbetrag 2015	20,0
Haushaltsbetrag 2016	20,0
Vorbehalten bleiben	310,6

Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.

2015 gegenüber 2014:

1,9	Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
13,1	Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den Bedarf,
15,0	Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/812 40

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 42

Die Maßnahme ist zurückgestellt.

Zu 04 05/812 43

Die Maßnahme ist zurückgestellt.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	900,0	1.000,0	A	1.300,0
					B	1.225,4
					C	1.550,1
812 49-2	056	Erneuerung der Videoüberwachungsanlagen in den Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0	600,0	A	90,0
					B	83,6
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 520 01.</i>	1.040,2	1.082,2	A	1.000,2
					B	998,8
					C	958,0
823 12-2	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Versorgung der Gefangenen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	55,0	55,0	A	55,0
					B	42,0
					C	45,0
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Der Ansatz kann aus Stellengehältern bis zu 3 Stellen der BesGr. A 14 (Medizinaloberrat/rätin) verstärkt werden.</i>	866,5	866,5	A	850,0
					B	705,2
					C	681,2
511 71-7	056	Bekleidung, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Geräte, Bücher und Zeitschriften	3.500,0	3.500,0	A	3.200,0
					B	3.587,7
					C	3.428,6

Erläuterungen

Zu 04 05/812 48

Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung von Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Geräten, insbesondere von Personen-Notsignal-Anlagen soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

2015 gegenüber 2014:

16,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
383,3 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf. die Ausgabemittel sind vorgesehen insbesondere für die Beschaffung von Personen-Notsignal-Anlagen in den Justizvollzugsanstalten Aichach, Amberg, Bamberg, Bernau, Passau, Würzburg sowie den Kauf des zur Mobilfunkunterdrückung pilotierten Systems,
400,0 Tsd. €	mehr.

2016 gegenüber 2015:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/812 49

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2014 bewilligt	173,0
Haushaltsbetrag 2015	600,0
Haushaltsbetrag 2016	600,0
Vorbehalten bleiben	1.627,0

Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Videoanlagen zur Überwachung der Außenfassaden, Dächer sowie weiterer sicherheitsrelevanter Bereiche entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert werden.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 510,0 Tsd. € wegen unaufschiebbar notwendiger Erneuerung der Anlagen der JVA Straubing und Kaisheim.

Zu 04 05/823 10

Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP) realisiert. Die hier veranschlagten Raten umfassen nur die investiven Kosten (Tilgungsanteil). Die Raten für den Zinsanteil und die Betriebskosten sind bei Tit. 520 01 veranschlagt.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 40,0 Tsd. € wegen des Anstiegs der jährlichen Tilgungsrate (vgl. Erläuterung zu Tit. 520 01).

2016 gegenüber 2015:

Mehr 42,0 Tsd. € wegen des Anstiegs des Tilgungsanteils.

Zu 04 05/823 12

Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und hohe Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

Zu 04 05/412 71

Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 04 05/427 71

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Betriebsärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 16,5 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/511 71

	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €
1. Bücher und Zeitschriften	50,0	50,0
2. Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 11.000 Gefangene	1.780,0	1.780,0
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.600,0	1.860,0
4. Sonstiges	70,0	70,0
Zusammen	3.500,0	3.500,0

2015 gegenüber 2014:

Mehr 300,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
514 71-4	056	Lebensmittel und Medikamente sowie andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	18.000,0	18.000,0	A	17.500,0
					B	17.741,0
					C	17.161,8
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	465,0	465,0	A	450,0
					B	462,3
					C	478,9
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/271 01.</i>	250,0	250,0	A	260,0
					B	243,5
					C	334,1
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	8.600,0	8.600,0	A	8.290,0
					B	8.362,3
					C	7.605,9
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	505,5	505,5	A	510,0
					B	486,4
					C	503,7
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	70,0	70,0	A	175,0
					B	54,4
					C	142,6
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann aus Stelligegehältern der vierten Qualifikationsebene verstärkt werden.</i>	550,0	550,0	A	550,0
					B	1.302,2
					C	1.075,9
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	829,3
					C	857,9
Summe der Titelgruppe			33.862,0	33.862,0	A	32.840,0
					B	33.816,4
					C	32.315,6

Erläuterungen

Zu 04 05/514 71	2015	2016
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen für durchschnittlich 11.000 Gefangene	17.200,0	17.200,0
Sonstige Kleinausgaben	800,0	800,0
Zusammen	18.000,0	18.000,0

2015 gegenüber 2014:
Mehr 500,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/526 71	2015	2016
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
Entschädigungen für Beiratsmitglieder	20,0	20,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten	410,0	410,0
Andere Sachverständigengutachten (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)	35,0	35,0
Zusammen	465,0	465,0

2015 gegenüber 2014:
Mehr 15,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/533 71
2015 gegenüber 2014:
Weniger 10,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/538 71
Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

2015 gegenüber 2014:
Mehr 310,0 Tsd. € wegen des nicht steuerbaren Anstiegs an schwersterkrankten Gefangenen.

Zu 04 05/546 71
Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen. Hieraus können auch Vermittlungsmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe" finanziert werden.

2015 gegenüber 2014:
Weniger 4,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/547 71
Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die urheberrechtlichen Vergütungen für den Empfang privater Fernseh- und Hörfunksendungen.

2015 gegenüber 2014:
Weniger 105,0 Tsd. €: Zum 1. Januar 2013 ist der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft getreten. Die damit verbundenen Änderungen haben bei der Berechnung der Höhe des künftig zu entrichtenden Rundfunkbeitrages zu deutlichen Einsparungen geführt.

Zu 04 05/671 71
Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

Zu 04 05/812 71
Mit den Mitteln werden Geräte und Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung sowie für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen beschafft.

	2015	2016
Geräte und Anlagen für	Tsd. €	Tsd. €
- die medizinische Betreuung der Gefangenen	150,0	100,0
- die Anstaltswäschereien	250,0	350,0
- die Anstaltsküchen	500,0	450,0
- sonstige Geräte und Maschinen mit Kosten über 5,0 Tsd. € im Einzelfall	100,0	100,0
Zusammen	1.000,0	1.000,0

2015 gegenüber 2014:
55,6 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
55,6 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den Bedarf.
0,0 Tsd. €

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
		72 Arbeitsbetriebskosten				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 681 72, 682 72 und 701 72.</i>				
		<i>Titel 427 72 einseitig deckungsfähig mit 681 72 und 682 72.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk zu Titel 125 01.</i>				
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	250,0	250,0	A	240,0
					B	277,6
					C	267,2
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.500,0	1.500,0	A	1.518,0
					B	1.478,0
					C	1.495,5
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge	11.800,0	11.800,0	A	11.529,6
					B	11.818,7
					C	11.803,1
518 72-9	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	22,8	22,8	A	22,8
					B	22,8
					C	22,8
526 72-9	056	Forschungsaufträge zur Neuorganisation des Arbeitswesens	---	---	A	---
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	45,0	45,0	A	47,1
					B	37,3
					C	38,5
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung	480,0	480,0	A	450,0
					B	532,4
					C	448,4

Erläuterungen

Zu 04 05/72

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei Titel 125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

Zu 04 05/427 72

2015 gegenüber 2014:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/511 72

2015 gegenüber 2014:

37,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
19,1 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
18,0 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/514 72

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	415,0	415,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	235,0	235,0
Zusammen	<u>650,0</u>	<u>650,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	650,0	650,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	329,7	329,7
Ausgaben für Leasing/Miete	22,7	22,7
Zusammen	<u>1.002,4</u>	<u>1002,4</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	am 1.2.2014 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	28	28	28	28	-
Nutzfahrzeuge	95	95	95	95	1

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe	11.800,0	11.800,0

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Mehr für die Beschaffung von Werkstoffen zur Produktion von Fertigwaren, welche über den Online-Shop der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten vertrieben werden	170,4	-
Mehr infolge verbesserter Auftragslage	100,0	-
Zusammen	<u>270,4</u>	<u>-</u>

2015 gegenüber 2014:

16,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
287,1 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
270,4 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/518 72

Leasingkosten für einen Ackerschlepper.

Zu 04 05/527 72

2015 gegenüber 2014:

2,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
0,5 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
2,1 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/533 72

2015 gegenüber 2014:

Mehr 30,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	810,0	810,0	A	807,5
					B	832,0
					C	791,5
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	---	---	A	---
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 682 72.</i>	14.945,0	14.945,0	A	14.800,0
					B	15.121,9
					C	15.103,9
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß Art. 206 BayStVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	4.945,0	4.945,0	A	4.550,0
					B	5.132,6
					C	4.690,9
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.280,0	1.280,0	A	1.280,0
					B	2.389,6
					C	1.091,2

Erläuterungen

Zu 04 05/547 72

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u.a., sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten.

Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

2015 gegenüber 2014:

19,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
22,4 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung,
2,5 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/681 72

Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichsentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG),
- Taschengeld für Untersuchungsgefangenen (BayUVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

Siehe Erläuterungen zu TG 72.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 145,0 Tsd. € wegen Erhöhung der Beschäftigungszahlen der Gefangenen infolge der verbesserten allgemeinen Wirtschaftslage.

Zu 04 05/682 72

Beiträge an die Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitsförderung der Gefangenen (§ 26 Abs. 1 Nr.4, Abs. 2 Nr.1 SGB III) sowie zur Entrichtung von Beitragsanteilen an die bayerische Landesunfallkasse im Zusammenhang mit der Gewährung von Verletztengeld an Gefangene. Die Ansätze entsprechen dem voraussichtlichen Bedarf.

2015 gegenüber 2014:

Mehr 395,0 Tsd. € infolge Erhöhung der gesetzlich vorgeschriebenen Beschäftigung der Gefangenen auf Grund der verbesserten allgemeinen Wirtschaftslage.

Zu 04 05/701 72

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Amberg; Einbau einer Lüftungsanlage (Bäckereibetrieb).	200,0	-
2. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Erneuerung der Gärtnereigebäude.	330,0	350,0
3. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung einer Trocknungsanlage und eines Fahrsilos.	-	80,0
4. Justizvollzugsanstalt Erding; Erweiterung des Arbeitsbetriebsgebäudes.	-	65,0
5. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der raumluftechnischen Anlagen (Weberei- und Druckereibetrieb).	300,0	220,0
6. Justizvollzugsanstalt München; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Bäckereibetrieb).	350,0	350,0
7. Justizvollzugsanstalt Schweinfurt; Einbau eines Lastenaufzugs.	-	115,0
8. Justizvollzugsanstalt Straubing; Sanierung von Arbeitsbetriebsgebäuden.	100,0	100,0
Zusammen	1.280,0	1.280,0

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €	A Soll 2014 B Ist 2013 C Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	300,0	300,0	A 298,7 B 192,0 C 262,7

Erläuterungen

Zu 04 05/811 72

2015

Tsd. €

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Pflugeschlepper, 90 kW, Baujahr 1992

Transporter, 90 kW, Baujahr 1998

Schlepper

Pkw-VAN

Lkw Sprinter, 90 kW, Baujahr 1995

Transporter, 90 kW, Baujahr 1998

Pkw-Kombi, Baujahr 1997

Pkw-Kombi, Baujahr 2003

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Pflugeschlepper, 95 kW

95,0

Transporter, 95 kW

35,0

Schlepper, 75 kW

45,0

Schlepper, 85 kW

55,0

Lkw Sprinter, 90 kW

40,0

Transporter, 90 kW

30,0

Zusammen 300,0

2016

1. Erstbeschaffung

Transporter Landschaftspflegekurs

40,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Schlepper, 90 kW, Baujahr 1992

Schlepper, 50 kW, Baujahr 1979

Schlepper

Transporter, 90 kW, Baujahr 1998

Pkw-Kombi, 62 kW, Baujahr 1998

Multicar

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Schlepper, 90 kW

90,0

Schlepper

40,0

Transporter, 90 kW, Baujahr 1998

35,0

Pkw-Kombi, 80 kW

30,0

Multicar

65,0

Zusammen 300,0

2015 gegenüber 2014:

16,6 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

17,9 Tsd. €

mehr wegen Anpassung an den Bedarf,

1,3 Tsd. €

mehr.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.000,0	1.000,0	A	962,4
					B	852,1
					C	915,6
821 72-1	056	Erstattungen an Unternehmer für Investitionen	9,0	9,0	A	9,0
					B	9,0
					C	9,0
		Summe der Titelgruppe	37.386,8	37.386,8	A	36.515,1
					B	38.695,9
					C	36.940,2
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.315,0	1.315,0	A	1.300,0
					B	1.080,1
					C	951,9

Erläuterungen

Zu 04 05/812 72

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für		
- Bäckereien	70,0	80,0
- Baubetriebe	35,0	40,0
- Druckereien und Buchbindereien	90,0	90,0
- Gärtnereien	92,0	75,0
- Kfz-Werkstätten	35,0	35,0
- Landwirtschaftsbetriebe	100,0	100,0
- Schlossereien	190,0	180,0
- Schneidereien	50,0	30,0
- Schreinereien	170,0	190,0
- Wäschereien	40,0	40,0
- Webereien	50,0	20,0
- Arbeitsräume	50,0	60,0
- Allgemeine Ausstattungen	28,0	60,0
Zusammen	1.000,0	1.000,0

2015 gegenüber 2014:

53,5 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
91,1 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
37,6 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/821 72

Erstattungen an Unternehmer, insbesondere im Falle der Übernahme betrieblicher Anlagen, die von Unternehmen auf eigene Kosten im Anstaltsbereich errichtet wurden.

Zu 04 05/99

1. In allen 36 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
 - Informationssystem über Gefangenenendaten mit Auswertefunktion
Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenenendaten mit integrierten, aufgabebezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
 - Gefangenengelderbuchführung
 - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
 - Führung der Beschäftigungsübersicht
 - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
 - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
 - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.

Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausrüstung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.

Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.

Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.

2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft) und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.

Zu 04 05/511 99

	2015	2016
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	690,0	690,0
2. Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	535,0	535,0
3. Mieten und Wartung	70,0	70,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	1.315,0	1.315,0

2015 gegenüber 2014:

72,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
87,2 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf: Vorbereitung des Leitungsnetzes zur Einführung einer IT-gestützten Dienstplanung im Verfahren Bayzeit,
15,0 Tsd. €	mehr.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	85,0	85,0	A B C	75,0 117,2 79,2
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	50,0	50,0	A	50,0
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	75,0	75,0	A B C	75,0 63,4 13,8
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachter	70,0	70,0	A B C	70,0 36,1 57,7
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	71,1	71,1	A	71,1
535 99-7	056	Miete für Software	---	---	A	---
815 99-8	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	440,0	440,0	A B C	430,0 379,8 332,2
Summe der Titelgruppe			2.106,1	2.106,1	A B C	2.071,1 1.676,5 1.434,8
Gesamtausgaben			414.561,1	417.417,0	A B C	386.501,3 404.085,9 368.993,0

Erläuterungen**Zu 04 05/514 99**

2015 gegenüber 2014:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen Preissteigerungen und Anpassung an Bedarf.

Zu 04 05/519 99

2015 gegenüber 2014:

2,8 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

2,8 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den Bedarf.

0,0 Tsd. €

Zu 04 05/525 99

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

Zu 04 05/815 99

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

2015 gegenüber 2014:

23,9 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

33,9 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den Bedarf,

10,0 Tsd. € mehr.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	47.366,4	47.366,4	A	46.776,7
					B	50.349,1
					C	47.617,8
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	391,0	391,0	A	315,0
					B	690,5
					C	505,8
		Gesamteinnahmen	47.757,4	47.757,4	A	47.091,7
					B	51.039,6
					C	48.123,6
		Personalausgaben	241.055,2	246.049,4	A	220.397,8
					B	222.787,2
					C	210.506,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	88.113,8	88.640,8	A	82.241,2
					B	85.780,4
					C	81.570,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	21.340,0	21.540,0	A	20.600,0
					B	22.197,6
					C	21.365,6
		Baumaßnahmen	51.842,9	50.465,6	A	53.925,3
					B	65.900,3
					C	48.995,4
		Sonstige Sachinvestitionen	12.209,2	10.721,2	A	9.337,0
					B	7.420,4
					C	6.554,4
		Gesamtausgaben	414.561,1	417.417,0	A	386.501,3
					B	404.085,9
					C	368.993,0
		Zuschuss	366.803,7	369.659,6	A	339.409,6
					B	353.046,3
					C	320.869,4

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
			Tsd. €			
Abschluss Epl. 04						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.013.341,9	1.013.341,9	A	1.011.318,2
					B	936.836,2
					C	879.564,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	4.422,0	4.422,0	A	4.756,0
					B	2.299,8
					C	1.967,1
		Gesamteinnahmen	1.017.763,9	1.017.763,9	A	1.016.074,2
					B	939.135,9
					C	881.531,4
		Personalausgaben	1.367.549,5	1.415.091,7	A	1.319.487,6
					B	1.272.970,3
					C	1.219.556,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	625.094,0	626.715,5	A	619.633,1
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €	10.801,0		B	577.154,6
		Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €	56.588,0		C	547.104,7
		Ausgaben für den Schuldendienst	350,0	350,0	A	400,0
					B	288,7
					C	471,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	32.714,5	33.011,9	A	29.809,7
					B	31.215,6
					C	30.792,8
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €	2.970,0			
		Baumaßnahmen	100.784,1	98.729,6	A	99.648,9
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €	278.180,7		B	90.118,1
		Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €	54.787,2		C	73.649,4
		Sonstige Sachinvestitionen	30.446,3	31.530,3	A	27.856,7
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €	7.609,0		B	20.964,1
		Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €	9.415,0		C	20.821,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	367,5	367,5	A	3.533,0
					B	3.976,2
					C	5.077,1
		Gesamtausgaben	2.157.305,9	2.205.796,5	A	2.100.369,0
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €	299.560,7		B	1.996.687,6
		Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €	120.790,2		C	1.897.474,2
		Zuschuss	1.139.542,0	1.188.032,6	A	1.084.294,8
					B	1.057.551,6
					C	1.015.942,8

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2015		2016	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 02					
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	160,0	100,0	160,0	100,0
04 04					
511 01	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.232,0	1.000,0	13.232,0	1.000,0
514 11	Dienst- und Schutzkleidung	355,4	1.050,0	488,4	-
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	24.200,0	-	24.200,0	42.000,0
525 01	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer	2.531,6	2.000,0	2.531,6	2.000,0
525 02	Aus- und Fortbildung von Betreuern	98,1	90,0	96,6	90,0
685 01	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern"	420,0	600,0	420,0	-
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	3.276,6	2.370,0	3.454,3	-
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	12.781,2	8.540,4	10.104,0	9.843,6
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.142,2	2.000,0	3.392,2	2.000,0
812 06	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Memmingen	---	-	---	800,0
812 14	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	100,0	280,0	280,0	-
812 15	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	100,0	135,0	135,0	-
812 21	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Haßfurt	---	300,0	300,0	-
812 25	Teilneuausstattung Justizbehörden München	100,0	660,0	660,0	-
812 29	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Hof	---	470,0	470,0	-
812 30	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	---	100,0	110,0	-
812 31	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	700,0	500,0	700,0	500,0
812 33	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizschule Pegnitz	50,0	50,0	50,0	-
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	4.157,5	1.106,0	4.157,5	1.343,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.900,8	2.055,0	1.900,8	2.055,0
526 99	Ausgaben für Sachverständige	12.320,1	-	12.493,8	600,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2015		2016	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 04					
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	3.572,1	500,0	4.399,0	4.500,0
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	13.331,4	114,0	14.331,4	6.115,0
04 05					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	8.000,0	3.000,0	8.000,0	3.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	8.562,9	6.540,3	8.185,6	7.843,6
812 08	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg- Gablingen	4.500,0	2.000,0	3.200,0	-
812 49	Erneuerung der Videoüberwachungsanlagen in den Justizvollzugsanstalten	600,0	1.000,0	600,0	-
	72 Arbeitsbetriebskosten				
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	1.280,0	1.000,0	1.280,0	1.000,0
Epl. 04					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	78.000,0	262.000,0	79.000,0	36.000,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		299.560,7		120.790,2

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 04

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2013 verausgabt Mio. €
Festgesetzte Baumaßnahmen	36	710,3	428,3
<i>davon wegfallend ab 2015</i>	2	4,6	4,5
<i>wegfallend ab 2016</i>	-		
Planungstitel	28		
<i>davon neu aufgenommen</i>	15		

2014 standen 81,0 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.
4. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
04 04		Gerichte und Staatsanwaltschaften				
710 35-4	051	Strafjustizzentrum in München, Nymphenburger Straße 16/ Linprunstraße 25 Generalsanierung Bauteil C und vorgezogener Brandschutz Bauteile A und B	---	---	A	---
					B	225,3
					C	444,7
710 41-6	051	Neubau eines Ziviljustizentrums in München, Seidlstraße 13-15 - Planung -	---	---	A	---
710 42-5	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	---	A	1.800,0
					B	4.984,4
					C	4.950,1
710 50-4	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	---	A	1.000,0
					B	1.214,2
					C	1.449,6
711 01-3	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München (Strafjustizzentrum) - Planung - <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2015 gilt abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2016 ff in jeweils verbliebener Höhe fort. Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 216.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2015 in Höhe von 216.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2016 Tsd. € 30.000,0</i> <i>2017 bis 2018 jährlich Tsd. € 40.000,0</i> <i>2019 Tsd. € 45.000,0</i> <i>2020 bis 2021 Tsd. € 61.000,0</i>	7.000,0	12.500,0	A	7.000,0
					B	1.097,7
					C	52,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
27.05.2003 08.10.2008	20.700,0	17.005,5	-	Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	2.706,6	-	Die Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München ist ungenügend. Für Mietobjekte müssen jährlich fast 4,5 Mio. € aufgewendet werden. Auf dem vom Freistaat Bayern erworbenen Grundstück Seidlstraße 13-15 soll ein Neubau zur Aufnahme der Zivilgerichtsbarkeit des Landgerichts München I und des Landgerichts München II sowie für die Referendarausbildung errichtet werden. Nachdem ein europaweit ausgeschriebener Architektenwettbewerb durchgeführt wurde, soll der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Entwurf realisiert werden. Es liegt eine HU-Bau mit im Februar 2004 festgesetzten Kosten von 75.200,0 Tsd. € vor.
16.10.2007 08.11.2010	28.500,0	23.151,3	848,7	Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt.
19.10.2007 14.04.2014	8.000,0	7.003,5	996,5	Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Die Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	1.150,5	-	Im Verlauf der im Jahr 2004 begonnenen Sanierungsarbeiten im Bauteil C des Strafjustizzentrums München, Nymphenburger Straße 16/Linprunstraße 25 hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung auch der Bauteile A und B nicht mehr mit vertretbaren Kosten erfolgen kann. Es muss deshalb ein Ersatzneubau errichtet werden, der groß genug ist um dort die Strafgerichtsbarkeit (Oberlandesgericht München, Landgerichte München I und II, Amtsgericht München) und die Staatsanwaltschaften München I und II aufzunehmen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015 Tsd. €	2016 Tsd. €	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04						
711 05-9	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für Verfahren mit höchster Sicherheitsstufe und einer Einfachturnhalle auf dem umwehrten Gelände der JVA München-Stadelheim	3.500,0	2.000,0	A B C	3.000,0 1.330,4 49,3
714 01-0	051	Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim	---	---	A B C	--- 28,0 3,0
<u>714 02-9</u>	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Rosenheim (Justizzentrum) - Planung -	---	---	A	
725 03-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Memmingen <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von bis zu 600,0 Tsd. € zu Gunsten Kap. 06 05 Tit. 729 22. Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 3.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.500,0	3.000,0	A B	2.000,0 117,2
<u>725 04-4</u>	051	Amtsgericht Kaufbeuren Erweiterung und Sanierung - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
30.05.2012 30.05.2014	14.927,0	1.856,8	3.075,0	In München besteht dringender Bedarf an Sitzungssaalkapazitäten mit höchster Sicherheitsstufe für die Durchführung von Verfahren im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus, in Staatsschutzsachen und gegen Mitglieder der Organisierten Kriminalität. Aus Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsgründen sollen diese Sitzungssäle nicht im neuen Strafjustizzentrum (s. Tit. 04 04/711 01) realisiert werden, sondern im umwehrten Bereich der JVA München-Stadelheim. Der dafür vorgesehene Standort war nach der Gesamtausbauplanung an sich für die Errichtung einer Mehrfachturnhalle vorgesehen. Nunmehr ist nur noch der Bau einer Einfachturnhalle möglich. Die Planung des Sitzungssaalgebäudes und der unmittelbar benachbarten Einfachturnhalle muss gleichzeitig erfolgen, um jedes Sicherheitsrisiko auszuschließen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme fortgeführt werden. Die Gesamtkosten wurden am 09.07.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
14.06.2007 04.02.2010	4.300,0	4.287,5	-	- Die Unterbringungsverhältnisse des Amtsgerichts Rosenheim sind sehr beengt. Eine Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes Bismarckstraße 1 auf dem vorhandenen Grundstück ist nicht mehr möglich. Aus diesem Grund wird an der Kufsteiner Straße ein Neubau für das Amtsgericht errichtet. Die Baumaßnahme soll in Bauabschnitten geplant und durchgeführt werden. In einer 1. Teilbaumaßnahme wurden Räume für das Grundbuchamt und das Vormundschaftsgericht geschaffen. Dadurch konnte die Unterbringungssituation der Justiz in Rosenheim verbessert werden. Der Teilneubau ist so gestaltet, dass in Zukunft die Erweiterung zu einem zentralen Justizgebäude erfolgen kann. Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Rosenheim und die Zweigstelle der Staatsanwaltschaft Traunstein sind sehr beengt und in fünf räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden (teilweise Mietgebäude) untergebracht. Bereits im Jahr 1991 wurde vom Freistaat Bayern ein Grundstück auf dem sog. "Beilhackgelände" für die Errichtung eines Zentraljustizgebäudes erworben. In den Jahren 2009/2010 wurde mit einem Kostenaufwand von 4,3 Mio. € ein Teilneubau als erstes Modul des Justizzentrums Rosenheim errichtet (vgl. Tit. 714 01). Nunmehr soll der Teilneubau in einem zweiten Bauabschnitt um die noch fehlenden Module ergänzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
26.03.2014	12.050,0	117,2	5.232,8	Das Amtsgerichtsgebäude in der Buxacher Straße 6 besteht aus zwei Gebäudeteilen. Dem Altbau von 1905 und einem Erweiterungsbau aus dem Jahr 1962. Dieser ist in einem solch schlechten Zustand, dass er abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden soll. Die Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung abgeschlossen und mit der Baumaßnahme begonnen werden.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Kaufbeuren besteht aus zwei denkmalgeschützten Hauptgebäuden, welche durch einen nachträglich errichteten Verbindungsbau (in dem sich der Haupteingang befindet) miteinander verknüpft sind sowie einem angemieteten Gebäude. Um eine einhäusige Unterbringung zu ermöglichen und den bestehenden Sanierungsstau (u.a. Mängel beim Personen- und Brandschutz, der energetischen Qualität und der Barrierefreiheit) aufzulösen sind zwei Bauabschnitte vorgesehen. Im Rahmen des ersten Bauabschnitts sollen der Zwischenbau abgebrochen, anschließend neu errichtet und eines der Hauptgebäude saniert werden. Im zweiten Bauabschnitt soll das andere Hauptgebäude saniert und ein dort befindlicher Anbau abgebrochen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
04 04						
726 31-0	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht in Günzburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.700,0	2.380,0	A	5.700,0
					B	1.715,3
					C	592,5
727 01-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm	---	---	A	---
					B	1.217,7
					C	1.603,4
730 35-0	051	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	2.500,0	A	2.000,0
					B	828,5
					C	1.600,0
730 40-3	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes auf dem ehemaligen VAG-Gelände in Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.400,0	3.000,0	A	4.000,0
					B	457,8
735 02-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1 <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	3.500,0	A	2.500,0
					B	1.797,9
					C	5.961,4
<u>735 03-3</u>	051	Erweiterung der Bayerischen Justizschule in Pegnitz - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
15.02.2013	16.200,0	2.311,1	-	Das Amtsgericht Günzburg ist derzeit in dem überwiegend vom Finanzamt Günzburg genutzten staatseigenen Teil und in Mieträumen im städtischen Teil des Schlosses sowie in einem weiteren Mietobjekt untergebracht. Da sowohl das Finanzamt Günzburg als auch die Stadt Günzburg für die jetzt vom Amtsgericht belegten Räume im Schloss Eigenbedarf angekündigt haben, wird für das Amtsgericht Günzburg ein Neubau errichtet. Die Gesamtkosten wurden am 19.03.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
16.01.2007 03.11.2011	10.090,0	9.970,4	-	Die Baumaßnahmen sind abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
15.11.2000 06.09.2012	40.140,0	27.929,0	5.211,0	Im Justizgebäude an der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme fortgesetzt und die 4. Teilbaumaßnahme geplant werden.
02.06.2014	27.000,0	457,8	18.142,2	In den Jahren 2009/2010 wurde im Dachgeschoss des Ostflügels des Nürnberger Justizpalastes über dem Schwurgerichtssaal 600 das Museum "Memorium Nürnberger Prozesse" eingerichtet. Dieser, in das Konzept des Memoriums eingebundene Sitzungssaal, steht der Nürnberger Justiz zur Durchführung von Strafgerichtsverhandlungen zur Verfügung und kann nur an verhandlungsfreien Tagen besichtigt werden. Nunmehr soll der Saal 600 einer vollständigen musealen Nutzung zugeführt werden. Als Ersatz soll für die Justiz an den Westflügel des Justizpalastes ein Sitzungssaalgebäude angebaut werden. Die Gesamtkosten wurden am 09.07.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme begonnen werden.
11.02.2009 07.04.2010	28.925,0	14.249,3	4.175,7	Das in den Jahren 1959 bis 1961 errichtete zehnstöckige Bürogebäude der Justiz in Hof befindet sich in einem solch schlechten Zustand, dass eine Sanierung mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Es muss daher abgerissen und durch Ersatzbauten auf dem vorhandenen Grundstück ersetzt werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme fortgesetzt werden.
-	-	-	-	Schul- und Unterakunftsgebäude der Justizschule Pegnitz wurden in den Jahren 2003 bis 2008 letztmals erweitert, umgebaut und saniert. Dennoch ist bereits seit dem Jahr 2012 die Kapazitätsgrenze erneut erheblich überschritten. Neben der Ausbildung der zweiten Qualifizierungsebene obliegt der Schule auch die Ausbildung der Gerichtsvollzieher und der Justizwachtmeister. Im Jahr 2013 kam die zentrale Schulung neu eingestellter Beschäftigter hinzu. Außerdem musste das Fortbildungsangebot (insbesondere im Bereich der EDV) kontinuierlich ausgebaut und den aktuellen Erfordernissen an einen zeitgemäßen Bürobetrieb angepasst werden. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der fehlenden räumlichen Kapazitäten zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen in andere Tagungsstätten verlegt werden müssen. Lehrgangsteilnehmer müssen in nicht unerheblicher Zahl außerhalb des Schulgeländes in privat angebotenen Unterkünften oder in einem Motel in der Stadt Pegnitz untergebracht werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04						
<u>735 04-2</u>	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für das Amts- und Landgericht Hof - Planung -	---	1.018,0	A	
<u>740 02-7</u>	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Aschaffenburg - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.300,0	2.500,0	A	
742 01-6	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.100,0	2.500,0	A	2.000,0
743 01-5	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht Haßfurt <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	2.500,0	A B	3.000,0 68,2
<u>744 01-4</u>	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Oberburg a. Main - Planung -	---	---	A	
747 01-1	051	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung	2.500,0	602,0	A B C	2.000,0 2.330,9 2.782,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Entsprechend der baufachlichen Festsetzung vom 11.02.2009 wird für die Justizbehörden Hof derzeit ein neues Zentraljustizgebäude errichtet (vgl. Tit. 735 02). Im Verlauf der Baumaßnahme hat sich herausgestellt, dass auch der Sitzungssaalbau nicht mehr mit vertretbaren Kosten saniert werden kann. Zudem hat sich der Flächenbedarf der Justizbehörden Hof seit dem Beginn der Baumaßnahmen u.a. durch die Gründung des Zentralen Vollstreckungsgerichts in Hof erhöht. Dieser Mehrbedarf soll in einem Ersatzbau gedeckt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung finanziert werden.
02.06.2006	2.320,0	2.320,0	-	- In den denkmalgeschützten Gebäuden der Justizbehörden in Aschaffenburg besteht sowohl erheblicher Raum- als auch Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit). Es ist vorgesehen, den Sitzungssaaltrakt in der Erthalstraße 3 aufzustocken und das gesamte Gebäude einer Generalsanierung zu unterziehen. Im Gebäude am Schlossplatz 7 soll das Dachgeschoss ausgebaut werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung finanziert werden. - Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt für die Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Die Baumaßnahme wird in Bauabschnitten durchgeführt. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die den Abbruch des fünfstöckigen Nordflügels des ehemaligen Finanzamts, die Sanierung des restlichen Teils für Zwecke des Grundbuchamts und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt umfasste. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung des 2. Bauabschnitts (Errichtung eines neuen Justizgebäudes) und 3. Bauabschnitts (Sanierung des historischen Justizgebäudes) erstellt und mit dem 2. Bauabschnitt begonnen werden. Die Gesamtkosten werden überschlägig auf 48.000,0 Tsd. € geschätzt.
08.09.2014	10.750,0	68,2	-	- Das Amtsgericht Haßfurt ist derzeit in zwei staatseigenen Gebäuden sowie in angemieteten Räumen untergebracht. Die Planung von Maßnahmen zur Sanierung und Erweiterung der Bestandsgebäude hat ergeben, dass eine solche mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Die Gesamtkosten wurden am 16.10.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags genehmigt.
31.08.2004 13.06.2012	26.375,0	20.004,0	-	- Das Amtsgericht Obernburg a. Main ist derzeit in den Gebäuden Römerstraße 80 (staatseigen) und 89 (angemietet) beengt untergebracht. Darüber hinaus besteht Sanierungsbedarf (Barrierefreiheit, Sicherheit, Brandschutz). Im Zuge der Planungen soll untersucht werden, wie der Flächenbedarf gedeckt werden kann (Neubau-/Anbaumaßnahmen). Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. - Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten: 1. Umbau und Sanierung des Renaissancebaus (mittlerer Gebäudeteil). 2. Umbau und Sanierung des Barockbaus (nördlicher Gebäudeteil) und Erstellung von Kfz-Stellplätzen. 3. Umbau, Sanierung und Ausbau des Dachgeschosses im Dientzenhofer Bau und des Schwurgerichtstrakts. Mit den veranschlagten Mitteln soll der 3. Bauabschnitt abgeschlossen werden.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
04 04						
747 02-0	051	Amtsgericht Amberg Erweiterung und Sanierung - Planung -	---	---	A	---
		Summe Kapitel 04 04	36.000,0	38.000,0	A	36.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. €			B	17.585,6
		Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. €			C	19.963,9
04 05		Justizvollzugsanstalten				
710 14-6	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau der Torwache und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	100,0	---	A	---
					B	5,1
					C	10,1
710 15-5	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau und Instandsetzung	100,0	---	A	---
					B	954,7
					C	1.534,2
710 16-4	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt	---	---	A	---
					B	11,0
					C	0,6
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen sowie der Versorgungs- und Arbeitsbetriebe, Neubau eines Verwaltungsgebäudes - z. T. Planung -	50,0	---	A	300,0
					B	410,8
					C	756,6

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Amberg ist in mehreren Gebäuden (Paulanerplatz 4 mit Anbau, Baustadelgasse 1) aus unterschiedlichen Bauzeiten untergebracht. In allen Gebäuden besteht erheblicher Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Energieeinsparung). Vorgesehen ist, den funktional absolut unzulänglichen Anbau (ehemaliges Werkstattgebäude) am Paulanerplatz abzureißen und das verbleibende Hauptgebäude durch ein Verbindungsbauwerk an die Baustadelgasse 1 anzubinden. Anschließend sollen die Bestandsbauten am Paulanerplatz und in der Baustadelgasse saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
06.10.1989 25.05.2004	16.150,0	12.106,0	-	- 1. Teilbaumaßnahme: Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Beobachtungstürme, Videoüberwachungsanlagen, Elektroversorgung). 2. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Unterkunftsgebäudes N, Einrichtung einer Sozialtherapeutischen Abteilung, eines Besuchsraums, Einbau einer Kommunikationsanlage in der Zugangsabteilung, Fernwärmeanschluss). Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von rd. 12.500,0 Tsd. € abgeschlossen.
13.09.1991 31.10.2008	23.217,0	22.590,1	-	- 1. Teilbaumaßnahme: Umbau und Instandsetzung des Unterkunftsgebäudes Südbau. 2. Teilbaumaßnahme: Einbau einer Alarm- und Kommunikationsanlage, Brandschutzmaßnahmen, Instandsetzungen in den Unterkunftsgebäuden West- und Ostbau. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von rd. 22.840,1 Tsd. € abgeschlossen.
25.11.2008 10.07.2014	1.560,0	1.475,2	-	- Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt in München wurde als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership realisiert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10 und 520 01). Die festgesetzten Gesamtkosten umfassen die auf der Seite des Auftraggebers entstandenen Aufwendungen für Gutachten, Sonderfachleute, Altlastenbeseitigung, Sofortmaßnahmen, Bieterentschädigungen und Leistungen des Bauamts. Die bisherigen Gesamtkosten von 1.365,0 Tsd. € erhöhen sich aufgrund von Mehrkosten für zusätzliche Gutachten zur Abnahme sowie zur Mängelbeseitigungsverfolgung um 195,0 Tsd. € auf 1.560,0 Tsd. €.
30.04.2009	3.750,0	2.655,4	-	- Die Entwässerungsanlagen sowie die Versorgungs- und Arbeitsbetriebe Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden. Das wirtschaftlich nicht mehr sanierungsfähige Verwaltungsgebäude ist durch einen Neubau zu ersetzen. 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser). 2. Teilbaumaßnahme: Neubau des Verwaltungsgebäudes. 3. Teilbaumaßnahme: Sanierung der Versorgungs- und der Arbeitsbetriebe. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, welche mit Gesamtkosten von rd. 3.000,0 Tsd. € abgeschlossen wird. Die Kosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
711 01-0	056	Justizvollzugsanstalt München Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Außenumwehrung und der Videoüberwachungsanlagen) - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	300,0
711 02-9	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Krankenabteilung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	400,0
711 20-7	056	Justizvollzugsanstalt München Brandschutzmaßnahmen und Instandsetzung der betriebstechnischen Anlagen - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	750,0	1.500,0	A B C	1.000,0 23,7 73,3
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	---	---	A	500,0
712 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Mühldorf a. Inn Erweiterung - z. T. Planung -	***	***	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Umwehrung der Justizvollzugsanstalt München muss erneuert und damit dem notwendigen vollzuglichen Sicherheitsstandard entsprechend angepasst werden. Insbesondere müssen der innere Sicherheitszaun und die Videoüberwachungsanlagen erneuert sowie die Umwehrungsmauer saniert werden. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München ist im Nordbau unzureichend untergebracht. Die dort anzutreffenden baulichen, vollzuglichen und hygienischen Rahmenbedingungen sind sehr veraltet. Eine Sanierung des Bestandsgebäudes für die Gesundheitsfürsorge von Gefangenen ist unwirtschaftlich. Es ist deshalb dringend notwendig, einen Neubau zu errichten. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	96,9	-	- Im Gebäudebestand der Justizvollzugsanstalt München müssen dringende Maßnahmen für den baulichen Brandschutz, die Erneuerung der Trinkwasser- und Löschwasserversorgung durchgeführt sowie weitere betriebstechnische Anlagen modernisiert und instandgesetzt werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung fertiggestellt und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
12.04.1999 11.06.2001	9.663,4	9.667,0	-	- Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut, instandgesetzt und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung. 2. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Äußerer Sicherheitszaun, Innerer Sicherheitszaun, Einfriedungszaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2). 3. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Versorgungsbetriebe. 4. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen sowie einer Zu- und Abgangsabteilung. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen sind. Die Gesamtkosten der 3. und der 4. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
04.12.1991 07.04.2003	3.276,1	3.255,6	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
04 05						
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.300,0	4.400,0	A B C	2.500,0 2.615,7 297,4
715 21-2	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug	2.800,0	---	A B C	1.500,0 1.184,6 1.451,4
<u>716 11-3</u>	056	Justizvollzugsanstalt Eichstätt Brandschutzmaßnahmen, Umbau, Sanierung - Planung -	---	---	A	
718 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Arbeitstherapie), Instandsetzung	---	---	A B C	100,0 39,8 204,0
<u>718 22-8</u>	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen - Planung -	---	---	A	
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen	---	---	A B C	4.300,0 13.074,9 10.059,7
<u>720 14-4</u>	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbaumaßnahmen zur Unterbringung einer Sozialtherapeutischen Abteilung - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
16.11.1999 01.09.2014	33.145,0	6.762,1	8.882,9	<p>Die Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut, erweitert und modernisiert:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Innerer Sicherheitszaun mit Videoüberwachungsanlage, Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden, Erneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Verlegung der Fahrzeugschleuse), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem, Umbau und Instandsetzung der Krankenabteilung.</p> <p>Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt.</p> <p>Die neuen Gesamtkosten wurden am 16.10.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags genehmigt.</p>
08.10.2009 11.02.2014	11.710,0	5.409,4	-	<p>- Die Baumaßnahme umfasst die Errichtung von Arbeitsbetriebsräumen, einer Abteilung für den offenen Vollzug (5 Plätze), eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter (16 Haftplätze) sowie einer Wohngruppe (20 Haftplätze), die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage und des Entwässerungssystems. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.</p> <p>Die Gesamtkosten wurden am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p>
-	-	-	-	<p>- Die Justizvollzugsanstalt Eichstätt ist dringend und umfassend sanierungsbedürftig. Vordringlich sind bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes notwendig. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>
25.02.2008	4.900,0	4.375,5	-	<p>- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von rd. 4.550,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
-	-	-	-	<p>- In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth müssen die Küche saniert und das Dach des Arbeitsbetriebsgebäude instandgesetzt werden. Ferner sind Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes durchzuführen. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>
26.05.2003 05.12.2011	35.200,0	30.460,6	-	<p>- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von rd. 30.850,4 Tsd. € abgeschlossen.</p>
-	-	-	-	<p>- An der Justizvollzugsanstalt Straubing soll eine Sozialtherapeutische Abteilung mit 33 Haftplätzen errichtet werden. Es ist vorgesehen, diese Abteilung in den (durch den 2013 fertig gestellten Neubau der Sicherungsverwahrung) freigewordenen Räumen der ehemaligen Sicherungsverwahrung im Haus 2 unterzubringen. Hierfür sind Umbau-, Modernisierungs- und Anpassungsmaßnahmen zur Unterbringung von Haft-, Therapie-, Gruppen- und Diensträumen im Umfang von ca. 1.000 m² erforderlich. Die Gesamtkosten werden überschlägig auf 2.500,0 Tsd. € geschätzt; eine HU-Bau liegt nicht vor.</p>

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
720 51-8	056	Bayerische Justizvollzugsschule Straubing Erweiterung und Sanierung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	400,0	A	---
721 10-7	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt - z.T. Planung -	100,0	---	A	200,0
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	4.000,0	A	300,0
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau eines Versorgungszentrums und einer Sporthalle sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	5.000,0	A	500,0
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums	4.300,0	100,0	A B C	5.000,0 3.764,1 2.909,3
<u>726 53-0</u>	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Umbau und Sanierung des Wirtschaftsgebäudes, Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die baulichen Anlagen der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing sind dringend sanierungsbedürftig. Insbesondere müssen die Dächer instandgesetzt und energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Wegen der hohen Auslastung müssen weitere Wohn- und Unterrichtsräume geschaffen werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
10.04.2000 07.09.2006	72.400,0	68.838,9	-	- Die 1. bis 3. Teilbaumaßnahme werden mit den veranschlagten Mitteln abgeschlossen. Der Verwaltungsbereich entspricht nicht mehr dem tatsächlichen Flächenbedarf. Eine Erweiterung des Verwaltungsgebäudes ist vorgesehen. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der 4. Teil-Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	23,0	-	- Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung wie folgt erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Teilerneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns mit Detektion und Videoüberwachung, Errichtung einer Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden, Errichtung einer Fahrzeugschleuse, der Außenlager, des Wertstoffhofs, des Dienstraums für den Hundeführer und der Tagesunterkunft für den Drogenspürhund). 2. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterakunftsgebäudes mit Sozialtherapeutischer Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 32 Haftplätzen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 1. Teilbaumaßnahme geplant und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	15,3	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind sowohl in der Bausubstanz, als auch technisch völlig verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert. Da eine Erweiterung und Sanierung am bisherigen Standort nicht möglich ist, muss dringend ein neues Versorgungszentrum (Küche, Metzgerei, Kantine für Bedienstete) errichtet und mit einem unterirdischen Verbindungsgang an die Unterakunftsgebäude angeschlossen werden. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
19.05.2010	18.240,0	7.804,4	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmaßig völlig verbraucht und werden durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Aichach kann nach Inbetriebnahme des neuen Versorgungszentrums das bisherige Wirtschaftsgebäude einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Nach den vorgesehenen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen werden ca. 50 zusätzliche Haftplätze zur Verfügung stehen. Die gesamte Trink- und Löschwasserversorgungsanlage muss entsprechend den zwingenden gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung erneuert werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
04 05						
727 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Memmingen Erweiterung, Umbau, Instandsetzung <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.200,0	1.300,0	A B C	2.000,0 258,2 797,1
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt	10.000,0	8.000,0	A B C	15.000,0 22.899,9 15.027,3
<u>728 11-9</u>	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Jugendarrestanstalt und einer Abteilung des offenen Vollzugs - Planung -	---	---	A	
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Gericht, Torwache mit Fahrzeugschleuse - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	1.000,0	A B C	400,0 7,5 0,6
730 10-6	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt - Planung -	---	---	A	300,0
730 11-5	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung und Neuordnung der Versorgungsbetriebe - z. T. Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.05.1993 31.01.2014	16.290,0	8.694,3	2.495,7	<p>Die Justizvollzugsanstalt Memmingen wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut und instand gesetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Errichtung einer Energiezentrale. 2. Errichtung eines Unterkunftsgebäudes für den offenen Vollzug (26 Haftplätze). 3. Umbau des alten Freigängerhauses zu einer Frauenabteilung (16 Haftplätze). 4. Instandsetzungen (Dächer, Fassaden, Umwehung, Installationskanal, Torwache, Hafträume) und energetische Sanierungen. 5. Neu- und Umbaumaßnahmen (Küchenbereich, Videosensoranlage, Haftraumkommunikationsanlage, Brandschutz, Trinkwasserversorgung, Heizungsanlage, Sporthof). <p>Die Teilbaumaßnahmen 1 - 4 sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 5. Teilbaumaßnahme durchgeführt werden. Die Gesamtkosten wurden am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p>
19.10.1998 11.04.2014	104.740,0	51.583,7	-	-
-	-	-	-	-
-	-	8,1	-	-
-	-	-	-	-
19.12.1994 13.02.2002	4.695,5	4.695,5	-	<p>- In unmittelbarer räumlicher Nähe zu der neu gebauten Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen (vgl. Tit. 728 10) soll eine neue Jugendarrestanstalt (ca. 45 Arrestplätze) und eine Abteilung des offenen Vollzugs (ca. 34 Haftplätze) gebaut werden. Das Baugrundstück befindet sich im Staatseigentum. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p> <p>- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung ein neues Gebäude mit den Funktionen Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Gericht, Torwache mit Fahrzeugschleuse errichtet werden. Zur Verbesserung der Sicherheit muss das bestehende Gebäude für das Gericht entfernt und die Umwehung in diesem Bereich geschlossen werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit dem Bau begonnen werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p> <p>- Für den Vollzug an weiblichen Gefangenen und für den Jugendarrest werden die in den Jahren 1886 bis 1888 errichteten Gebäude genutzt, welche in ihrer Bausubstanz weitgehend verbraucht sind. Es ist vorgesehen, in einem ersten Schritt den Neubau einer Frauenabteilung mit ca. 150 Haftplätzen durchzuführen. Anschließend soll eine neue Jugendarrestanstalt mit ca. 55 Arrestplätzen errichtet werden. Die Erweiterung entspricht dem künftigen Haftplatzbedarf. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p> <p>- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung einer provisorischen Küche im Arbeitsbetrieb für die Dauer der Instandsetzungsarbeiten am Versorgungszentrum) und die 2. Teilbaumaßnahme (Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums - Küche - sowie von Teilbereichen des Entwässerungskanals), die beide abgeschlossen sind. Als 3. Teilbaumaßnahme ist der Neubau einer Wäscherei und der Einbau eines Bäckereibetriebs im bisherigen Wäschereigebäude beabsichtigt. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A B C	Soll 2014 Ist 2013 Ist 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	1.200,0 1.020,0 1.639,8
730 13-3	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung von Dienstwohngebäuden - z. T. Planung -	***	***	A	---
<u>730 20-4</u>	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen - Planung -	---	---	A	
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	2.200,0	A B C	400,0 631,6 630,0
<u>736 22-6</u>	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau einer Jugendarrestanstalt, eines Unterkunftsgebäudes, einer Heizzentrale und einer Küche - Planung -	---	---	A	
737 21-6	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Sanierung des Küchenbereichs - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	1.000,0	A B	200,0 45,0
<u>737 55-5</u>	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Neubau einer Justizvollzugsanstalt - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.05.1998 02.11.2011	14.590,0	12.021,8		- Die Untersuchungshaftanstalt (Erweiterungsbau und Altbau) der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss dringend umfassend instand gesetzt werden (Hafttraumfenster und -türen, Brandschutzmaßnahmen, Sicherheitszaun, Sanitär- und Elektroinstallation, Lüftungsanlage, Kommunikationsanlage, Fassaden): Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme (Erweiterungsbau). Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 4. Teilbaumaßnahme (Altbau) geplant und begonnen werden.
14.01.1998	1.308,9	1.289,4		- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
-	-	-		- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg müssen dringende Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und der vollzuglichen Sicherheit durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
30.04.2009 21.03.2014	21.140,0	6.171,9	10.808,1	Die Justizvollzugsanstalt Ebrach soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung erweitert und saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker"). 2. Teilbaumaßnahme: Kanalsanierung und Erneuerung des Sportplatzes. 3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Dächer und Sanierung des Kaisersaals. 4. Teilbaumaßnahme: Neubau des Arbeitsbetriebsgebäudes (Schreinerei) und Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung (16 Haftplätze) und einer Abteilung für den Normalvollzug (54 Haftplätze). 5. Teilbaumaßnahme: Umbau und Instandsetzung der Unterkunftsgebäude I, II und III. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-		- Die Justizvollzugsanstalt Hof soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung bedarfsgerecht erweitert und modernisiert werden. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen: - Neubau einer Jugendarrestanstalt mit bis zu 60 Arrestplätzen - Errichtung einer neuen Heizzentrale - Errichtung eines Unterkunftsgebäudes mit 40 Haftplätzen - Neubau einer Küche. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	45,0		- Der Küchenbereich in der Justizvollzugsanstalt Bamberg ist verbraucht und dringend sanierungsbedürftig. Um die Versorgung der Gefangenen bis zur Inbetriebnahme der neuen Justizvollzugsanstalt (siehe 04 05/737 55) gewährleisten zu können, müssen die notwendigsten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme ausgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-		- Die alte Justizvollzugsanstalt befindet sich im Stadtkern von Bamberg und hat keine Umwehrung. Die baulichen Voraussetzungen und die schlechte Gebäudesubstanz sind für einen sicheren und modernen Justizvollzug nur noch bedingt geeignet. Es ist deshalb unabweisbar, an einem günstigeren Standort eine neue Justizvollzugsanstalt nach modernsten Gesichtspunkten zu bauen. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
					C	Ist 2012
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.600,0	2.600,0	A B C	1.200,0 1.564,5 918,6
738 21-5	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau einer Sozialtherapeutischen Abteilung mit Sporthalle, Sanierung des Versorgungszentrums - Planung -	---	---	A	400,0
741 01-4	056	Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes, Sanierung des Küchenbereichs	1.300,0	0,0	A B C	1.000,0 22,1 3,7
745 06-5	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	1.000,0	---	A B C	1.000,0 860,5 2.567,4
<u>745 21-6</u>	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des baulichen Brandschutzes - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
01.02.2007 02.11.2012	10.150,0	6.300,5	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme mit dem Umbau und der Sanierung der Häuser G und H sowie der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II) und die 2. Teilbaumaßnahme mit der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis. Im Rahmen der 3. Teilbaumaßnahme soll eine Personen-Notsignal-Anlage für den gesamten Anstaltsbereich errichtet werden. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 3. Teilbaumaßnahme geplant und durchgeführt werden.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth soll eine Sozialtherapeutische Abteilung mit 24 Haftplätzen errichtet werden. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Das Versorgungszentrum mit den Bereichen Küche, Bäckerei und Wäscherei ist verbraucht und dringend sanierungsbedürftig. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
13.02.2014	2.000,0	34,4	-	- In der Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg müssen die dringend notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes durchgeführt, der Küchenbereich saniert und ein barrierefreier Zugang zum Besuchsbereich geschaffen werden. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt und abgeschlossen. Die Gesamtkosten wurden am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
26.10.2007 13.10.2009	18.200,0	16.536,6	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme (Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes, Instandsetzung der Entwässerungskanäle und Erneuerung der Fernheizleitungen, Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter und einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Sexualstraftäter mit je 16 Haftplätzen). Im Rahmen einer 4. Teilbaumaßnahme soll Raum für weitere Arbeitsbetriebe geschaffen werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. - 3. Teilbaumaßnahme abgeschlossen. Die Kosten der 4. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen zur Verbesserung der Sicherheit die Torwache umgebaut und eine Personen-Notsignal-Anlage eingebaut werden. Ferner sind die notwendigen baulichen Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes durchzuführen. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2015	2016	A	Soll 2014
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2013
1	2	3	4	5	C	Ist 2012
						Tsd. €
						6
04 05						
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 5.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.000,0	5.500,0	A	5.000,0
					B	6.705,1
					C	3.253,1
		Summe Kapitel 04 05	42.000,0	41.000,0	A	45.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 30.000,0			B	56.437,2
		Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 30.000,0			C	42.180,3
		Summe Epl. 04	78.000,0	79.000,0	A	81.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2015 Tsd. € 262.000,0			B	74.022,8
		Verpflichtungsermächtigung 2016 Tsd. € 36.000,0			C	62.144,1

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2013 verausgabt Tsd. €	ab 2017 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
08.09.2009 14.05.2012	33.650,0	14.889,0	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt Regensburg wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Betriebsgebäudes (Arbeits- und Versorgungsbetriebe), Errichtung des Westflügels (Besuchsbereich, Transportabteilung, Aufnahme und Entlassung, Hafträume, Verwaltung), Sanierung des Südbaus, Erstellung der Außenanlagen, Neubau der Torwache mit Fahrzeugschleuse.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Errichtung des Ostflügels (Unterkunftsgebäude), Sanierung des Mittel- und des Nordbaus sowie der Außenanlagen.</p> <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die mit den veranschlagten Mitteln abgeschlossen werden soll.</p> <p>Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz

- Einzelplan 04 -

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B6	7	7	7
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	7	6	6
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		13	13,10	13,10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	12	10	10
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	10,42	8,59	8,59
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	10,71	10,71	10,71
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	19,25	20,68	20,68
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	10	7	7
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	5,50	5,50	5,50
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	12	12	12
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	6	8	8
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	A8	3	3	3
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin		1	-	-
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		3	2	2
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A7	1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		-	2	2
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		2	2	2
	Regierungssekretär, Regierungssekretärin	A6	1	-	-
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		3,36	3	3
	Zusammen		130,24	124,58	124,58
	Zugang/Abgang			-5,66	-
	Leerstellen				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B6	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	2	2	2
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	5	5	5
	Zusammen		24	24	24
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R9- R1,A16- A3	5	5	5
		A16+AZ -A3	4	4	4
	Zusammen		9	9	9

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 05
Summe Umsetzung	+1	-	
Umsetzung (Neugliederung der Geschäftsbereiche)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 12 01
Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-0,90	-	Umsetzung nach 12 01
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-2	-	Umsetzung nach 12 01
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-0,83	-	Umsetzung nach 12 01
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 12 01
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-0,93	-	Umsetzung nach 12 01
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 12 01
Summe Umsetzung (Neugliederung der Geschäftsbereiche)	-7,66	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,80	-	kostenneutrale Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,80	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A16
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr B3
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2,43	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-2,43	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+0,36	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	-0,36	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+0,36	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-0,36	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	10	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	14	16	16
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	7	7,80	7,80
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	9	6,20	6,20
	Zusammen		43	42	42
	Zugang/Abgang			-1	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	Zusammen		4,60	4,60	4,60
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		130,24	124,58	124,58
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		43	42	42
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		173,24	166,58	166,58
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	Personalsoll B		4,60	4,60	4,60
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		177,84	171,18	171,18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
A9	+0,36 -0,36	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8	+1 +1,36 -1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7	-1,36 +0,36 +1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9 kostenwirksame Hebung von BesGr A7 kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6	-0,36 +0,36 -1 -0,36	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8 kostenwirksame Hebung von BesGr A6 kostenwirksame Hebung nach BesGr A7 kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Absenkung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E11	-1	-	Absenkung nach EGr 9 zur Finanzierung von Stellenhebungen
E9	+1	-	Absenkung von EGr 11 zur Finanzierung von Stellenhebungen
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-6,66	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
422 01	Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	R3	1	-	-
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		5	1	1
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	-	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		-	1	1
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R2	6	2,40	2,40
	Richter, Richterin am Amtsgericht als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		0,50	1	1
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		1,50	1	1
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		13	5,40	5,40
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	17,50	7	7
	Rat, Rätin	A13	0,96	-	-
	Studienräte, Studienrätinnen im Grundschuldienst (Justizvollzug)		3	0,88	0,88
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	A9	13,23	14,79	14,79
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		4	1	1
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		10	7,84	7,84
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		-	1	1
	Verwaltungsinspektor, Verwaltungsinspektorin		1	1	1
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	4	3	3
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A7	-	1	1
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	28,09	21,23	21,23
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		-	2,50	2,50
	Sekretäre, Sekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		7	-	-
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	6,50	8,50	8,50
	Zusammen		122,28	82,54	82,54
	Zugang/Abgang			-39,74	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten) (Ersatzstellen für Altersteilzeit):				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG.				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Richter, Richterin am Amts- oder Landgericht	R1	0,50	0,28	0,28
	Justizhauptsekretär, Justizhauptsekretärin	A8	0,38	0,38	0,38
	Zusammen		0,88	0,66	0,66
	Zugang/Abgang			-0,22	-

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016		
1	2	3	4	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT				
neu				
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)				
R2 +AZ	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4			
R2	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+0,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	+1,56	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A7	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A6	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2,50	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A4	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
	Summe neu	+10,56	-	
Einsparung				
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)				
R3	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	-4	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R2	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-3,60	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen	-0,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-7,60	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R1	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-10,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A13	Räte, Rätinnen	-0,96	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):</p> <p>1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.</p> <p>2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 HG.</p>				
422 01	<p>Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)</p> <p>Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle</p> <p>Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landgericht Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherin</p> <p style="text-align: right;">Zusammen Zugang/Abgang</p>	R2 A8	- - - -	1 1 2 +2	1 1 2 -
	<p>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)) (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle):</p> <p>1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.</p> <p>2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.</p>				
	<p>Gesamtübersicht</p> <p>Nachrichtlich:</p> <p>Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit Ersatzstellen für Altersteilzeit Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle</p>		0,88 122,28 -	0,66 82,54 2	0,66 82,54 2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Studienräte, Studienrätinnen im Grundschuldienst (Justizvollzug)	-2,12	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Regierungsinpektoren, Regierungsinpektorinnen	-3	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-2,16	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-6,86	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Sekretäre, Sekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-7	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-50,30	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-39,74	-	
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-0,22	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-0,22	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-0,22	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ARBEITSZEITMODELLE			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+2	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+2	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Gerichte und Staatsanwaltschaften können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Gerichte abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZulV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts an einem Gericht mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R9	1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R8	2	2	2
	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R7	1	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R6	2	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1	1
	Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt		1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	R5	1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		5	5	5
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9		1	1	1
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Generalstaatsanwalts oder einer Generalstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 7	R4	-	1	1
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		8	8	8

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+1	-	Verhinderung von Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauer
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+2	-	Verhinderung von Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauer
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+10	+3	Verhinderung von Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauer
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+20	+19	Verhinderung von Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauer
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+5	+15	Verhinderung von Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauer
A10 Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	+10	+13	neu (Abbau Belastung)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+10	-	neu für den elektronischen Rechtsverkehr
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+12	+13	Verhinderung von Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauer
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A6 Justizsekretärenanwärter, Justizsekretärenanwärterinnen	+100	-	neu (Nachersatz)
Summe neu	+170	+63	
neu (Vollzug des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2014)			
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A9 Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	+70	-	neu
Summe neu (Vollzug des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2014)	+70	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A7 Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen	-1	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2013 (Schließung der bisherigen Laufbahn der Vollziehungsbeamten der Justiz)
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-2,65	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2012 (bajTECH 2000)
	-5,85	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2012 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
	-9,50	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2013 (bajTECH 2000)
	-1,25	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2013 (Abschaffung z. A. und Vereinfachung Fehlzeitenstatistik)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Präsidenten, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		9	9	9
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 8		2	2	2
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 6	R3+AZ	-	1	1
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern	R3	1	1	1
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen		9	9	9
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		8	7	7
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		12	12	12
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		2	1	1
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		4	4	4
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		6	6	6
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1	1
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		7	7	7
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		70	71	71
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	50	52	52
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		20	20	20
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10,50	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2013 (bajTECH 2000)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6,50	-	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,50	-	
Summe Einsparung	-42,75	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz für 2012 (Verlängerung der Arbeitszeit)
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-0,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14 / 422 01 BesGr A15
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	+1	-	Umsetzung von 06 14
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A11 Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14 / 422 01
Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	-4	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A10 Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 14
	-0,20	-	Umsetzung nach 06 04 (Projekt BayZeit)
	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A10 (Projekt BayZeit)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 06 14
	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	+4	-	Umsetzung von 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
	-1,12	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 07 / 422 01 BesGr A9 (eAkte)
	-0,70	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01 BesGr A9 (eAkte)
	-1,10	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01 BesGr A9 (eAkte)
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Summe Umsetzung	-9,62	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3		10	10	10
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		2	2	2
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		15	15	15
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		3	6	6
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R2	10	8	8
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		50	52	52
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		28	28	28
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten		202	204	204
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		50	52	52
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		78	80	80
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten <i>4 Stellen ku in 4 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter der BesGr R 2+AZ jeweils gleichzeitig mit 4 Stellen für Staatsanwälte als Gruppenleiter der BesGr R 1+AZ ku in 4 Stellen für Staatsanwälte der BesGr R 1. Art. 47 Abs. 3 BayHO ist nicht anzuwenden.</i>		245	252	255
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R1+AZ	10	8	8
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		159	154	154
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	1.270	1.287,50	1.306,50
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		452	460	475
	Direktor, Direktorin der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz	B3	1	1	1
	Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	A16	2	2	2
	Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	A15	30	30	30
	Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen	A14	30	32	32
	Sozialoberrat, Sozialoberrätin		-	1	1
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	A13+AZ	10	10	10
	Justizverwaltungsrat, Justizverwaltungsrätin	A13	-	1	1
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen		119	120	120
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>		4	6	6
	Sozialräte, Sozialrätinnen		28	27	27

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende +AZ Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	+3	-	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr R2
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-3	-	Umwandlung und Hebung nach 422 01 BesGr R2+AZ
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-3	-	Umwandlung und Absenkung nach 422 01 BesGr R1
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+3	-	Umwandlung und Absenkung von 422 01 BesGr R1+AZ
A9 Justizsicherheitsinspektoren, Justizsicherheitsinspektorinnen	+2	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A9
Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-2 +1	- -	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9 Umwandlung von 422 01 BesGr A 9
Summe Umwandlung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Direktoren, Direktorinnen der +AZ Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
R2 Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R1+AZ
R1 Richter, Richterinnen an Amtsgerichten +AZ als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Rechtspflegeamtmänner, Rechtspflegeamtfrauen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+4	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A10

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	A12	4	5	5
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen		415,50	423,50	424,50
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		48	49	49
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		5	4	4
	Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	A11	35	35	35
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen		765	771	774
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		105	107	107
	Steueramt Männer, Steueramt Frauen		3	2	2
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen		5	4	4
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	124	129	129
	Justizverwaltungsoberspektoren, Justizverwaltungsoberspektorinnen		21	21	21
	Rechtspflegeoberspektoren, Rechtspflegeoberspektorinnen		521	532,80	541,80
	Sozialoberspektoren, Sozialoberspektorinnen		93	99	99
	Technische Oberspektoren, Technische Oberspektorinnen		3	13	13
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	190	190	190
	Justizsicherheitsinspektoren, Justizsicherheitsinspektorinnen	A9	-	2	2
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen <i>davon bis zu 4 Stellen für den Verwaltungsdienst (Einstieg 1. QE)</i>		433	474	480
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		309	320	320
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen		386,75	361,83	361,83
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>		69	60	60
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		5	6	6
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	281	265	265
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		3	7	7
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		776,50	775,50	775,50
	Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen		24	36	37
	Justizvollstreckungshauptsekretäre, Justizvollstreckungshauptsekretärinnen		9	9	9
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	670,50	639,50	641
	Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen		67	68	67
	Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen		9	8	8
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		17	14	14
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	162	149	149
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		-	5	5
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	400,10	377,85	383,35
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		510	510	510
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		30	24	24
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		3	3	3
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartin	A5	3	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen		179	179	179
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizhelfern bis zur EGr 4 besetzt werden.</i>	A4	69	69	69
	Zusammen		9.790,35	9.831,48	9.894,48
	Zugang/Abgang			+41,13	+63

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
A10 Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	-4	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+5	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-5	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+2	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen	-2	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+2	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+4	+7,50	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
A6 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-4	-7,50	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 11
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+7	+2	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7	-2	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R4 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Generalstaatsanwälten oder Generalstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 7	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R3
R3 Oberstaatsanwälte, +AZ Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 6	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R3
R3 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R4
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R3+AZ

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</p> <p>1) Zu BesGr R 2 und R 1: 5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten 2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten 6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1.7.2017.</p> <p>6 Stellen für Staatsanwälte kw nach Abschluss der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2017.</p> <p>2) a) Die Stellen der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden. b) Bis zu insgesamt 21 Stellen der BesGr A 8 bis A 16 und der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 01 in Anspruch genommen werden. Dabei dürfen die Stellen der BesGr R 1 mit Beamten der BesGr A 13 bis A 15, die Stellen der BesGr R 2 mit Beamten der BesGr A 16 und die Stellen der BesGr R 3 mit Beamten der BesGr B 3 besetzt werden. c) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.</p> <p>3) Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts Die im Rahmen der Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts abgesenkten und umgewandelten Stellen dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgericht besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß Art. 108 Abs. 2 Satz 2 BayBesG erhalten.</p> <p>4) Sechs Stellen können für die Kap. 06 04 und 06 14 zum Zwecke des Stellentauschs in Anspruch genommen werden.</p> <p>5) Eine Stelle ist mit einer Zulage gemäß Art. 56 Abs. 1 BayBesG ausgestattet.</p> <p>6) Zu Titel 422 01 und 428 01 Bis zu 120 freie und besetzbare Stellen für Arbeitnehmer und Beamte können unbefristet mit Arbeitnehmern besetzt werden, die zum jeweiligen Besetzungszeitpunkt seit mindestens drei Jahren befristet beschäftigt waren. Steht in diesen Fällen bei Rückkehr des ursprünglichen Stelleninhabers keine freie und besetzbare Stelle zur Verfügung, kann dieser bis eine solche vorhanden ist, auf der ausgebrachten Leerstelle verrechnet werden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben sind an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben einzusparen.</p> <p>Leerstellen</p> <p>Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht, Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin</p> <p>Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4</p> <p>Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen</p> <p>Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften</p> <p>Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen</p>				
		R3	1	1	1
		R2+AZ	1	1	1
		R2	11	11	11
		R1+AZ	6	9	9
		R1	209	226	226

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016		
1	2	3	4	
R2	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R1+AZ
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R1
R1 +AZ	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
R1	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
A14	Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
	Sozialoberräte, Sozialoberrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13	Justizverwaltungsräte, Justizverwaltungsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	Sozialräte, Sozialrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A12	Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11	Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen	+15	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	Steueramt Männer, Steueramt Frauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	Justizverwaltungsoberspektoren, Justizverwaltungsoberspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	Rechtspflegeoberspektoren, Rechtspflegeoberspektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	Rechtspflegeoberspektoren, Rechtspflegeoberspektorinnen	-15	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+22	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+9	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+41	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch					
422 01	Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin	A13+AZ	1	1	1
	Räte, Rätinnen	A13	3	3	3
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	9	9	9
	Amtmänner, Amtfrauen	A11	109	109	109
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	2	2	2
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen		233	233	233
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	6	6	6
	Inspektoren, Inspektorinnen	A9	62	62	62
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen		38	38	38
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		19	19	19
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	15	15	15
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		142	142	142
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	539	539	539
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	3	3	3
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	477	477	477
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		11	11	11
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	A5	13	13	13
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	2	2	2
	Zusammen		1.912	1.932	1.932
	Zugang/Abgang			+20	-
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	A9	178	248	248
	Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	A6	138	238	238
	Zusammen		316	486	486
	Zugang/Abgang			+170	-
422 26	Rechtsreferendare				
	Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	A13	3.700	3.800	3.900
	Zusammen		3.700	3.800	3.900
	Zugang/Abgang			+100	+100
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26:</i>				
	<i>Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten / Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.200 und 3.900.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		A16+AZ -A3	7	7	7
	Zusammen		7	7	7
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		35	35	35
	Zusammen		35	35	35
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	6	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	23	21	21
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	231,58	233,58	234,58
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	177,42	175,42	174,42

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	+16	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	-22	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-9	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-16	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-41	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+43	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-43	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+11	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+13	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6+AZ
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	-13	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-11	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6+AZ
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+187,63	+63	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 422 26 (Rechtsreferendare)			
A13 Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	+100	+100	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+23	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 <i>20 Stellen zweckgebunden für die Übernahme von langjährigen Aushilfskräften.</i>	E6	2.319,32	2.305,32	2.307,32
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	37,41	28,91	26,91
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	20,35	20,35	20,35
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E2	0,50	0,50	0,50
	Zusammen		2.824,58	2.801,08	2.801,08
	Zugang/Abgang			-23,50	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	-	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	16	33	33
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	29	60	60
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 7	E7	-	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	267	360	360
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	153	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	11	11	11
	Zusammen		476	476	476
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen): <i>Bis zu zwei Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als drei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden. Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.</i>				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		77	100	100
	Zusammen		77	100	100
	Zugang/Abgang			+23	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		136,20	126,20	126,20
	Zusammen		136,20	126,20	126,20
	Zugang/Abgang			-10	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+124	+100	
Einsparung			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2013 (Übergang der Gebäudereinigung auf Fremdfirmen)
	-4	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014 (Übergang der Gebäudereinigung auf Fremdfirmen)
Summe Einsparung	-11	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+113	+100	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+1	-	neu
+AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+2	-	neu
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+7	-	neu
Summe neu	+10	-	neu
Summe neu	+20	-	
kostenneutrale Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+21	-	kostenneutrale Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-21	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+52	-	kostenneutrale Hebung von EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-52	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+52	-	kostenneutrale Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-52	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+145	-	kostenneutrale Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-145	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 6
Summe kostenneutrale Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+20	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		9.790,35	9.831,48	9.894,48
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		316	486	486
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2.824,58	2.801,08	2.801,08
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		12.930,93	13.118,56	13.181,56
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	3.800	3.900
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		35	35	35
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		77	100	100
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		136,20	126,20	126,20
	Personalsoll B		3.948,20	4.061,20	4.161,20
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		16.879,13	17.179,76	17.342,76

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Justizvollzugsanstalten können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Justizvollzugsanstalten abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZulV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä3 besetzt werden.</i>	A16	10	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		21	21	21
	Dekane, Dekaninnen - im Justizvollzugsdienst	A15	5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä2 besetzt werden.</i>		15	25	25
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		44	46	46
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä1 besetzt werden.</i>	A14	22	13	13
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		44	55	55
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst		19	20	20
	Rektoren, Rektorinnen		4	4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	31	31	31
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	A13	4	5	5
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		89,75	68,75	68,75
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		15	16	16
	Amtsräte, Amtsrätinnen - im Justizvollzugsdienst	A12	-	3	3
	Fachoberlehrer, Fachoberlehrerinnen		2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		40	40	40
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		17	17	17
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	A11	38	38	38
	Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflegedienst		6,50	6	6
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen		62	62	62
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		33	33	33
	Technische Amt männer, Technische Amt frauen		19	19	19
	Förderlehrer, Förderlehrerin	A10	1	1	1
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst		50	58	58
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Krankenpflegedienst		5	5	5
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen		44	43,40	43,40
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen		51	62	62
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		15	19	19
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9+AZ	340	344	344
	Pflegevorsteher, Oberinnen		18	18	18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	+1	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+3	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	+1	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
A13 Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	+1	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+3	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	+1	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+1	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
A9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+2	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+50	-	neu zur Verstärkung des allgemeinen Vollzugsdienstes
A7 Stationspfleger, Stationsschwestern +AZ	+1	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
A7 Krankenpfleger, Krankenschwestern Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+2 +50	- -	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen neu zur Verstärkung des allgemeinen Vollzugsdienstes
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu für die neue JVA Augsburg/Gablingen
Summe neu	+117	-	
neu (Vollzug des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2014)			
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A6-A7 Regierungssekretärانwärter, Regierungssekretärانwärterinnen, Obersekretärانwärter, Obersekretärانwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisterانwärter, Oberwerkmeisterانwärterinnen	+100	-	neu (Verstärkung aVD)
Summe neu (Vollzug des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2014)	+100	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflegedienst	-0,50	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2013 (Abschaffung z. A. und Vereinfachung Fehlzeitenstatistik)

**04 05
Justizvollzugsanstalten**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		17	17	17
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		40	42	42
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9	831	823	823
	Oberpfleger, Oberschwestern		42	42	42
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		82	81	81
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		46	38	38
	<i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		114	112	112
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwestern	A8	82	82	82
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.352	1.395	1.395
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		187	183	183
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		65	65	65
	Stationspfleger, Stationsschwestern	A7+AZ	26	27	27
	Krankenpfleger, Krankenschwestern	A7	38	40	40
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		963,70	1.000,20	1.000,20
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		92	102	102
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		65	70	70
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	25	25	25
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		25,67	20,67	20,67
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwärtinnen	A5	2	1	1
	Zusammen		5.167,62	5.263,02	5.263,02
	Zugang/Abgang			+95,40	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	6	6	6
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	5	5	5
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	4	4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	15	15	15
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	21	21	21
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	18	18	18
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A8	41	41	41
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A7	90	90	90
	Zusammen		205	205	205
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A9	8	8	8
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen	A6-A7	150	250	250
	Zusammen		158	258	258
	Zugang/Abgang			+100	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
A7 Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-0,25	-	Einsparung wegen Art. 6b Haushaltsgesetz für 2013 (Abschaffung z. A. und Vereinfachung Fehlzeitenstatistik)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz für 2012 (Verlängerung der Arbeitszeit)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz für 2013 (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-2,75	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-0,60	-	Umsetzung nach 06 15 (Projekt BayZeit)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT- Betriebszentren)
A7 Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-1,75	-	Umsetzung und Umwandlung nach 13 03 / 422 05
	-0,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach 13 03 / 422 05
	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01
A5 Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 13 03 / 422 05
Summe Umsetzung	-5,85	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-14	-	Umwandlung nach 428 01 EGr 13
A7 Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-10	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A7
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+10	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+14	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A13
Summe Umwandlung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)	A16+AZ -A3	10	10	10
	Zusammen		10	10	10
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		45	45	45
	Zusammen		45	45	45
427 41	Praktikanten				
	Praktikanten, Praktikantinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	16	16
	<i>7 Stellen ku nach BesGr A14 (Oberregierungsrat) und 7 Stellen ku nach BesGr A13 (Regierungsrat) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E13	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	11	12	12
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	191	182	182
	<i>72 Stellen ku nach EGr 7 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	1	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	40	38	38
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	1	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	4	4	4
	Zusammen		260	273	273
	Zugang/Abgang			+13	-
	Leerstellen				
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	6	6	6	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	2	2	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	9	9	9	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	28	28	28	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	10	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	5	5	5	
Zusammen		60	60	60	
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		27	27	27
	Zusammen		27	27	27
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11:				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 29 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	Zusammen		36	36	36

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
A12 Amträte, Amträtinnen - im Justizvollzugsdienst	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	+3 -3	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+11 +10	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ kostenwirksame Hebung von BesGr A9
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	-11	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
+AZ Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+15 -4	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	+6 -15	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+7 -10	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+4 -7	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+14	-	kostenwirksame Hebung von EGr 13
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-14	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 14
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Absenkung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-8	-	Absenkung nach EGr 7

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		5.167,62	5.263,02	5.263,02
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		158	258	258
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		260	273	273
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		5.585,62	5.794,02	5.794,02
	Ferner:				
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	45	45
427 41	Praktikanten		3	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		27	27	27
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	Personalsoll B		111	111	111
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		5.696,62	5.905,02	5.905,02

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2015	2016	
1	2	3	4
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe Absenkung (Tarifvertrag)	+8 -	- -	Absenkung von EGr 8
Zu- und Abgang Personalsoll A	+208,40	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 04				
422 01	Planmäßige Beamte		15.088,21	15.219,08	15.282,08
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		474	744	744
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.127,58	3.116,08	3.116,08
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		18.689,79	19.079,16	19.142,16
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	3.800	3.900
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		80	80	80
427 41	Praktikanten		3	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		104	127	127
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		176,80	166,80	166,80
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.063,80	4.176,80	4.276,80
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		22.753,59	23.255,96	23.418,96
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,88	0,66	0,66
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		122,28	82,54	82,54
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		-	2	2